

SPARTAKIST



HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

Nr. 59

NOVEMBER/DEZEMBER 1988

DM 1,-

**Arbeiterproteste breiten sich aus,
nationalistische Agitation verschärft sich**

Jugoslawien in Aufruhr

**Für politische Arbeiterrevolution,
um die parasitäre Bürokratie zu stürzen!**

Michail Gorbatschow beschwört das Schlagwort Perestroika und schlägt damit „Marktsozialismus“ als Allheilmittel für die Übel vor, die durch mehr als sechs Jahrzehnte stalinistischer Usurpation und Mißwirtschaft herbeigeführt wurden. Aber Gorbatschows Universalrezept hat schon einen Testlauf hinter sich – in Jugoslawien. Nach Jahrzehnten von „Marktsozialismus“ ist Jugoslawien bankrott. Der multinationale Arbeiterstaat wurde unter großen Opfern von den jugoslawischen Arbeitern und Bauern geschmiedet, als sie den kommunistischen Partisanen Titos den Sieg über die Nazi-Besatzung im Zweiten Weltkrieg sicherten. Heute ist er ein Pulverfaß, das eher früher als später hochzugehen droht. Während Arbeiter gegen Hungerlöhne streiken, die Belgrad im Interesse der imperialistischen Banken anordnet, könnte bürokratische Manipulation blutige, für alle Seiten mörderische nationale Konflikte auslösen, die den Weg zur möglichen kapitalistischen Konterrevolution freimachen würden.

In den letzten Wochen gab es einen unheil-

vollen Anstieg von großserbischer nationalistischer Agitation, geschürt durch den neuen starken Mann der serbischen Bürokratie, Slobodan Milošević, der auftritt wie ein ausgewachsener Faschist. Mit alten serbischen Militärmützen auf dem Kopf sind Zehntausende auf die Straße gegangen und forderten auf Transparenten „Tod allen albanischen Nationalisten!“ In der national gemischten autonomen Region Vojvodina skandierte eine proserbische, von Milošević-Kräften organisierte Demonstration: „Ein Staat, eine Armee, eine Sprache“. Gleichzeitig haben diese Proteste auch einen tiefen Haß in der Arbeiterklasse gegen den bürokratischen Parasitismus zum Ausdruck gebracht, was Milošević demagogisch auszubehuten sucht.

Milošević spielt buchstäblich mit dem Feuer, indem er den Geist des serbischen Nationalismus aus der Flasche läßt. Die Massenexplosion von serbischem Nationalismus wird Erinnerungen an die blutigen nationalen Fehden des bürgerlichen Vorkriegsjugoslawien wieder aufflammen lassen, als die

Fortgesetzt auf Seite 10



Mit Bildern von Marschall Tito zogen Tausende von Fabrikarbeitern vor das jugoslawische Parlament in Belgrad

Reuter

Sowjetische Arbeiter müssen Pamjat wegfegen!

Russische Nazis erheben ihr Haupt

Jüngste Darstellungen in sowjetischen Zeitungen berichten über eine unheilvolle Entwicklung. Ein Haufen, der sich „Russische Nationalpatriotische Front Pamjat“ nennt, demonstriert wöchentlich in der Stadt Leningrad. Ein italienischer Tourist, der Zeuge einer Pamjat-Demonstration wurde, schrieb an *Moscow News* (englische Ausgabe, 14. August): „Eine Woche ist vergangen, und ich bin immer noch entsetzt. Ich kam mir vor, als ob ich auf einem Treffen wirklicher Faschisten der 30er Jahre gewesen wäre.“ „Umgeben von Leibwächtern in schwarzen Hemden“ hetzt der Pamjat-Führer Dimitri Wassiljew gegen Juden, während sein Trupp „feindlichen Kräften“ die Schuld gibt für die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Jedem anständigen Sowjetbürger platzt der Kragen bei dem empörenden Rassismus von Pamjat. Leningrad muß von diesem faschistischen Dreck gesäubert werden!

Es gibt kaum eine Straße in Leningrad, die nicht Erinnerungen daran wachruft, daß diese Heldenstadt 900 Tage lang der Nazi-Invasion trotzen konnte und daß eine Million oder mehr starben, um dieses westliche Tor zum sowjetischen Kernland zu verteidigen. Von den nüchternen Massengräbern auf der Piskarewskoje-Gedenkstätte, der Grabstätte für mehr als 500 000 Leningrader, die während der Nazi-Belagerung starben, ist es nur ein paar Minuten zum Rumjanzew-Park. Doch hier, jeden Donnerstag, in diesem öffentlichen Park im Zentrum von Leningrad – der Stadt Lenins, der Geburtsstätte der internationalistischen Oktoberrevolution –, hat Pamjat ihr ekelhaftes Spektakel aufgeführt. Die stolzen Leningrader können nicht zulassen, daß dies so weitergeht.

Der Leningrader Schriftsteller Walerie Woskoboinikow beschrieb eine der Kundgebungen von Pamjat (*Moscow News*, engli-

sche Ausgabe, 14. August):

„Ein Redner verlangte, daß es russischen Männern und Frauen verboten werden sollte, Angehörige bestimmter fremder Rassen zu heiraten. Ein anderer rief zur sofortigen Deportation von Juden und Angehörigen sonstiger ‚fremder Rassen‘ in ‚ihre historischen Heimatländer‘ auf. Noch ein anderer schlug vor, einen rücksichtslosen Feldzug gegen diejenigen zu führen, die ‚ihren ethnischen Ursprung hinter einem russischen Namen verstecken‘.“

In den letzten Monaten sind an den Mauern Flugblätter aufgetaucht mit der Forderung „Rußland gehört den Russen – Tod den Juden!“ Jüdische Grabsteine in Friedhöfen von Moskau und anderswo sind geschändet worden. Auf einer Dichterlesung von Andrej Wosnesenski, der vor kurzem ein Gedicht veröffentlicht hatte, das diese Taten verur-

teilt, wurden anonyme Mitteilungen auf das Podium gereicht, die lauteten: „Alle von euch sind Juden oder haben sich an die Juden verkauft“; „Wir werden euch umbringen“. Mit ihren Appellen für eine antisemitische „Endlösung“, mit ihren provokativen schwarzen Hemden, mit ihrer rassistischen Hetze gegen alle nichtrussischen Nationalitäten stellen diese großrussischen „Patrioten“ mehr dar als extreme Nationalisten oder moderne zaristische Pogromisten der Schwarzhunderter. *Sie sind waschechte Nazis, die großrussische Nachkommenschaft von Hitler.*

Pamjat sollte den Zorn der überlebenden Angehörigen der 20 Millionen Sowjetbürger aller Nationalitäten zu spüren bekommen, die im Kampf gegen die Hitlerschen Eindringlinge gefallen sind. Für jeden dieser Pamjat-Faschisten gibt es Dutzende und

Fortgesetzt auf Seite 9

Wir sind die Partei der Russischen Revolution!..... 6

Frankfurt: 3000 Arbeiter und Jugendliche demonstrieren Proteste stoppen Nazi-Provokation

In ganz Westdeutschland lebt rassistischer Terror wieder auf. So dachten die NPD-Nazis, sie könnten in Frankfurt eine massive faschistische Provokation starten, wenn sie die Immigranten zu ihrer Zielscheibe machen. Monate von rassistischer Hetze – unter den Parolen „Frankfurt muß eine deutsche Stadt bleiben“ und „Ausweisung krimineller und illegaler Ausländer“ – sollten in einem Marsch und zwei Kundgebungen gipfeln, eine davon in der Innenstadt. Und als Schlägertruppe rekrutierten sie die selbsternannten Nachfolger von Hitlers Braunhemden, Michael Kühnens FAP und ihre Skinhead-Banden. Aber trotz des bedrohlichen Aufgebots von 1500 Bullen in voller Montur: Am 15. Oktober gehörten die Straßen von Frankfurt 3000 Jugendlichen, Gewerkschaftern und Linken mit ihren Sprechchören „Nazis raus!“

Der Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus und rassistischen Terrors wurde angeheizt, als 1985 Kohl und Reagan ihren antisowjetischen Pakt über den Nazi-SS-Gräbern in Bitburg besiegelten. Als noch im gleichen Jahr 700 Gewerkschafter und Linke gegen eine NPD-Versammlung in Frankfurt protestierten, zerschlugen die Bullen die Protestdemonstration in einer tödlichen Orgie von Gewalt. Mit einem Wasserwerfer überführen und töteten sie den 36jährigen Schlosser Günter Sare. Heute hat die Finanzhauptstadt Westdeutschlands einen rechten christdemokratischen Bürgermeister, Wolfram Brück, der verlangt, die ohnehin begrenzte Quote für Asylsuchende mit „Volksdeutschen“ zu erfüllen. Zur gleichen Zeit machen Faschisten Brandanschläge – mit Brandsätzen von der Bundeswehr – auf Konzentrationslager, in denen Immigranten und Asylsuchende bis zu ihrem Deportationsprozeß eingesperrt sind.

Aber als der NPD/FAP/Skinhead-Ab-schaum seine Provokation vom 15. Oktober ankündigte, stieß er auf wachsende Wut und Empörung. Antifaschistische Jugendorganisationen, an der Spitze die anarchistischen Autonomen, mobilisierten in ganz Westdeutschland und Westberlin für eine Demonstration an diesem Tag, die am Friedberger Platz losgehen sollte. Ihre erklärte Absicht war es, die Zusammenrottung der Faschisten in der Innenstadt zu verhindern, die nur 500 Meter entfernt am Merianplatz stattfinden sollte. Und in einem Flugblatt riefen sie eine Woche vorher dazu auf, Kräfte aus der zweiten antifaschistischen Kundgebung zu gewinnen, die vom mächtigen Deutschen Gewerkschaftsbund organisiert wurde. Dem DGB hatten sich die Kirche, Immigrantenorganisationen und die Jüdische Gemeinde angeschlossen. Er machte auf die Obszönität aufmerksam, daß Nazis damit drohen, durch die Straßen Frankfurts zu marschieren – 50 Jahre nach dem Alptraum der „Kristallnacht“, dem Nazi-Pogrom in der Nacht vom 9. November 1938, das den Holocaust einleitete.

Aber die Organisatoren des DGB-Protests erklärten, sie hätten nicht die Absicht, die Nazi-Provokationen zu verhindern, und erklär-



Spartakist

ten ihre Kundgebung zu einer „Kulturveranstaltung“. Dazu wurden auf beiden Demonstrationen Forderungen mit selbstmörderischen Illusionen in den westdeutschen Staat erhoben: sie appellierten an die Mörder von Günter Sare, die Faschisten zu verbieten. Solche „Verbote“ werden immer gegen die Linke, gegen streikende Arbeiter und gegen Antifaschisten angewandt.

Viele Gewerkschafter, besonders eingewanderte Arbeiter im DGB, wollten sich den antifaschistischen Jugendlichen anschließen, um die Faschisten zu verjagen. Angesichts der wachsenden Empörung über die faschistische Gefahr verbot Brück dann die Nazi-Veranstaltungen und die antifaschistische Kundgebung am Friedberger Platz. Am Donnerstag, dem 13., hob das Gericht in

Frankfurt alle Verbote auf. Aber am nächsten Tag gab die NPD auf einer Pressekonferenz bekannt, alle ihre Veranstaltungen seien sowieso abgesagt. Schon der Gedanke daran, in den Straßen von Frankfurt auf organisierte antifaschistische Gewerkschafter zu treffen, reichte offensichtlich aus, um den Nazi-Dreck wieder in die Kloake zurückzujagen.

Die 2000 jungen Antifaschisten und Linken, die am 15. Oktober vom Friedberger Platz losmarschierten, wußten, wenn auch nur im Ansatz, wo die soziale Macht war. Als sie sich der Hauptwache näherten, wo die DGB-Kundgebung stattfand, wurden die antifaschistischen Jugendlichen von einer massiven, vierfachen Bullenkette eingekesselt. Die Bullen zogen ihre Kette immer enger, kurz davor, auf die Demonstranten

Frankfurt, 12. Oktober: TLD beteiligt sich an der Demonstration, die NPD zu stoppen. Anwesenheit von Gewerkschaften stellte sicher, daß die Faschisten nicht auftauchten

einzuknüppeln und Massenverhaftungen vorzunehmen. Da stieß zu den antifaschistischen Jugendlichen die Mehrheit der 400 Teilnehmer der DGB-Kundgebung, darunter ein Block hinter dem Transparent der IG Metall – mit über 2,5 Millionen Mitgliedern die stärkste Gewerkschaft des kapitalistischen Europas. Ein Autonome erklärte seine Demonstration für „aufgelöst“, und ein Vertreter der VVN, die beide Proteste unterstützte hatte, übernahm die Leitung der gemeinsamen Aktion. Die Polizeikette wurde gelockert, und die gemeinsame Demonstration zog zum angekündigten Ort des Nazi-Treffens. Dort feierten die Demonstranten, inzwischen auf 3000 angewachsen, ihren antifaschistischen Sieg mit einer Kundgebung.

Ein Block der Trotzistischen Liga Deutschlands trug die Losungen „Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!“ und „Zerschlagt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!“ Diesmal reichte es tatsächlich aus, daß die organisierte Arbeiterbewegung mit ihrer Macht drohte, um die Faschisten zu verschrecken. Die DGB-Bürokraten wollten aber nur eine symbolische Mobilisierung für ihr „Kulturprogramm“, wie die geringe Zahl von 400 Teilnehmern an der DGB-organisierten Kundgebung zeigte. Eine revolutionäre Führung muß geschmiedet werden, um die soziale Macht der organisierten Arbeiterbewegung zu entfesseln, besonders des strategisch wichtigen Bestands von Immigranten. Dies ist der einzige Weg, um Schluß zu machen mit den Nazis und mit dem kapitalistischen System, der Quelle von rassistischem Völkermord und imperialistischem Krieg. ■

Philadelphia/USA, 5. November:

Stoppt den Ku Klux Klan!

Der Lynchmob des Ku Klux Klan und Nazi-Skinheads drohten, am 5. November in Philadelphia, USA, zu marschieren. Aber angesichts eines massiven Ausbruchs von Empörung und einer Gegenmobilisierung von Organisationen und Einzelpersonen, die Zehntausende Gewerkschaftsmitglieder, Bürgerrechtsaktivisten, Stadträte, Studenten und andere repräsentieren, wurde die faschistische Bedrohung Berichten zufolge „auf Eis gelegt“. Das ist ein Sieg für alle Feinde faschistischen Terrors; die Macht der Arbeiterbewegung zwang den Klan zum Rückzug. Die Mobilisierung zum 5. November geht wie geplant weiter, für eine auf der Arbeiterbewegung basierende Massendemonstration, die sicherstellt, daß der Klanterror nicht in Philadelphia wütet.

Zusätzlich zu der breiten Unterstützung, die es in den USA gab, unterstützten die Demonstration auch unter anderen Israel Shahak, israelischer Verfechter von Bürgerrechten, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Westberlin, Kai Reiflin, OV-Leiter der VVN Altona, der Fraktionsvorstand der Grünen im Bundestag, Dr. Peter Brandt, Verena Rottmann, Rechtsanwältin, und die Antifaschistische Aktion in Coburg. Die Mobilisierung wurde vom Partisan Defense Committee (PDC) in den USA initiiert, einer klassenkämpferischen, nichtsektiererischen Organisation für rechtliche Verteidigung, die mit den politischen Anschauungen der Spartacist League/USA übereinstimmt. Eine Presseerklärung des PDC vom 26. Oktober bekräftigt: „Wir sind entschlossen, den Horror, den Nazi-Deutschland begangen hat, hier nicht geschehen zu lassen.“ Nachfolgend drucken wir eine Übersetzung des Mobilisierungsaufrufs des PDC ab.

Die Lynchmörder vom KKK und das gewalttätige Drecksack von Skinheads drohen damit, am 5. November im Zentrum von Philadelphia bei Independence Mall aufzumarschieren. Mit ihren brennenden Kreuzen und Hakenkreuzen stellen sie eine tödliche Ge-

fahr dar für Schwarze, Juden, Hispanics, Schwule, Katholiken, Gewerkschafter – für jeden von uns.

Der Klan und die Skinheads sind bereits durch Valley Forge und Parkside marschiert, wo ihnen ein heißer Empfang bereitet wurde. Jetzt kommen sie mit ihrer tödlichen Provokation nach Philly. Am 5. November muß es auf dem Platz von Independence Mall eine massive, militante Demonstration geben – die die Macht der Arbeiter/Schwarzen zeigt, gemeinsam mit den Minderheiten und allen anderen, die von den Lynchmördern als Opfer vorgesehen sind –, um diese faschistischen Terroristen zu stoppen.

Täuscht euch nicht – der KKK besteht aus sadistischen Killern, mit ihren weißen Laken oder ohne. Ihre Vorstellung von „Meinungsfreiheit“ ist, was die Regierung mit MOVE gemacht hat – elf schwarze Menschen bei lebendigem Leibe zu verbrennen, darunter fünf Kinder. Und die Mütter von MOVE sind immer noch hinter Gitter gesperrt!

Wir vergessen nicht die Bombenanschläge auf Kirchen in Birmingham, das Massaker von Greensboro und jetzt die Brandanschläge auf Synagogen in New York City. Und die degenerierten Skinheads mit ihren Nazi-Insignien und Militärstiefeln wollen ihre mörderischen Hitlerphantasien ausleben. Wenn wir sie nicht hier stoppen, wer wird der nächste sein, der dafür mit seinem Leben bezahlt?

Diese Rassisten, geschworene Feinde der Arbeiterbewegung, sagen, daß sie mit ihren Lynchstricken und mit dem Hitler-Gruß zur Freiheitsglocke kommen wollen, zur „Wiege der Freiheit“. Für Millionen hieß diese „Freiheit“, in Sklaverei geboren zu sein. Der Bürgerkrieg hat mit der Sklaverei aufgeräumt. Wir müssen diese Arbeit zu Ende führen – und ein Schritt dahin kann darin bestehen, daß wir den Klan und die Skinheads jetzt stoppen.

Die Gewerkschaften wurden gegen den ge-

waltsamen Widerstand des KKK aufgebaut, und wenn die Macht der Gewerkschaften entfesselt wird, können wir die Straßen von Philly vor diesen rassistischen Kriminellen sicher machen.

Wir werden am Samstag, den 5. November auf Independence Mall sein und die arbeitenden Menschen dieses Landes ehren, denen die Früchte ihrer Arbeit verweigert werden. Heute, wo die Schwarzen in Amerika unter Beschuß stehen, sieht sich die gesamte Arbeiterbewegung einer Offensive gegenüber, die die Gewerkschaften zerschlagen und hart erkämpfte Errungenschaften rückgängig machen soll: Erinnert euch an die PATCO-Fluglotsen, die in Ketten weggeschleppt wurden! Der Klan und die Skinheads sind eine Gefahr für unseren Lebensunterhalt und unser Leben. Die Macht, sie zu stoppen, liegt bei den rassistisch integrierten, kämpferischen Gewerkschaften dieser Stadt – öffentlicher Transport, Stadtreinigung, Teamsters (Lastwagenfahrer), Lehrer, Hafenarbeiter.

Als der KKK im November 1982 in Washington, D.C. gegen Immigranten marschieren wollte, hat ihn die rassistisch integrierte Macht von 5000 Arbeitern und Angehörigen von Minderheiten, unterstützt von mehr als 70 Gewerkschaften und Gewerkschaftsfunktionären, von Norfolk bis Boston, davongejagt. Die Faschisten müssen gestoppt werden – und wir können sie hier stoppen. Alle auf die Straße! Stoppt den KKK und die Skinhead-Schläger am 5. November! Seid dabei! ■

Es kostet viel Geld, den KKK zu stoppen!

Spendet!

Werner Brand, „Mobilisierung 5. November“
Bank für Gemeinwirtschaft, Hamburg
BLZ 200 101 11 Konto: 2 585 829 500

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
internationale Spartacist Tendenz

REDAKTION: Werner Brasch, Marianne Clemens, Barbara Köhler, Silvia Lenz, Renate Müller, Mark Richard, Carola Rosen (Produktion), Max Schütz (Vorsitzender), Fred Zierenberg

VERTRIEB: Stephan Fröhlich

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion. Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
ISSN 0173 - 7430

Skinheads: Entfesselte Killer-Bestien

Nach Workers Hammer Nr. 101, Oktober 1988, Zeitung der Spartacist League/Britain

Vor einigen Jahren sahen entsetzte Fernsehzuschauer auf der ganzen Welt, wie das Fußballspiel im Europapokal in Brüssel zwischen Liverpool und Juventus Turin in einem blutigen Gemetzel explodierte. Hunderte von Menschen wurden übel zugerichtet und 38 getötet, als britische Fußballfans italienische Zuschauer auf den Rängen angriffen. Das war nicht einfach ein spontaner Ausbruch von hirnloser Gewalt im Fußball. Speerspitze dieses nationalistischen Blutbads waren die unheimlichen pathologischen faschistischen Killer, die als „Skinheads“ bekannt sind.

Für schwarze und asiatische Bewohner der britischen Städte ist dieser Horror eine tägliche Realität des Lebens und eine tödliche rassistische Gefahr geworden. Seit fast zwei Jahrzehnten gibt es die Skinheads, besonders terrorisieren sie die asiatische Bevölkerung. Brandanschläge auf Läden und Wohnhäuser, lebensgefährliche Verletzungen durch Rasierklingen und Messer, Hakenkreuzschmierereien und „White Power“-Parolen sind zu einer Seuche geworden.

Diese gewalttätigen weißen rassistischen Schläger sind die dreckige Ausgeburt der kriegsgeschüttelten britischen Gesellschaft, der Überreste eines rassistischen Empire. Das ist keine „Macke“ von Jugendlichen, die von Rockmusik, Bier und Klebstoffschmuffeln besoffen sind, süchtig nach Fußball und Schlägereien, wütend darüber, in schmutzigen Slums und Arbeitslosenzentren festzustecken. Sie sind menschlicher Müll, durch einen Kapitalismus im Todeskrampf zu Monstern entsetzt. Von ihren schwarzen „Kampfstiefeln“ bis zu ihren kahrlasierten Schädeln ist es ihr Ziel, einzuschüchtern, zu terrorisieren, zu verstümmeln und zu morden.

In den letzten paar Jahren sind die Skinheads zu dem geworden, was die seltenste Ware in Thatchers Britannien ist – ein internationaler Exportartikel. Von Frankreich über Westdeutschland bis zu den USA protzt dieser Bodensatz eines verfaulenden Systems mit den Insignien von Hitlers Drittem Reich, sie salutieren mit ausgestrecktem Arm zum Nazigruß, sie „rocken“ zum rassistischen Takt von „Oi!“-Musik. Und wo diese faschistischen Schläger auch auftauchen, sie hinterlassen eine Spur sadistischer, sinnloser, rassistischer Gewalt.

Jetzt rekrutieren die organisierten Faschisten – die National Front in Britannien, Le Pens Front National in Frankreich, Nazis in Westdeutschland – aus dieser weißen Jugend „bewegung“. Sie ist das Rohmaterial für die Sturmtruppen des Faschismus. Sie sind überall eine tödliche Bedrohung für jede ras-



Wozniak

sische Minderheit, für alles, was man sich unter einer zivilisierten Gesellschaft vorstellt. Sie müssen zertreten und weggefegt werden.

Thatchers Britannien: Soziale Fäulnis und rassistischer Terror

Die soziale Fäulnis von Britannien, mit der Demontage seiner Industrie, mit seinen Millionen Arbeitslosen, mit der trostlosen Öde leerer Fabriken, toter Hafenanlagen und geschlossener Bergwerke, hat eine Generation wütender, hoffnungsloser, mehr oder weniger permanent lumpenproletarisierter Jugendlicher hervorgebracht. Hitlers „Nationalsozialisten“ beuteten Verelendung und Arbeitslosigkeit aus und kanalisiert die lumpenproletarische und kleinbürgerliche Wut in ihre Pogrome und ihren völkermörderischen Holocaust gegen die jüdische Bevölkerung. Heute gehen die NF und Skinheads auf Britanniens eingewanderte Bevölkerung los, als den Sündenbock für Britanniens ökonomischen Niedergang.

Die NF und anderes faschistisches Zeug machten eine längere Periode von Zersplitterung durch und orientierten sich mehr auf offenen Straßenterror gegen Asiaten, Schwarze und andere. Auf dieser Basis, ungehemmt durch die Zwänge von Wahlkampagnen, rekrutierte das faschistische British Movement in starkem Maße. Der Fraktionskampf tobte: ein Flügel identifizierte sich mit Strasser, dem populistisch-demagogischen Sprachrohr der Hitler-Braunhemden, der SA, den kriminellen lumpenproletarischen Terrorbanden, die die Stoßtruppen für Hitlers Aufstieg zur Macht waren.

Jahrzehntelang haben die verzweifelten Bedingungen der britischen Gesellschaft einen Nährboden geschaffen, auf dem ver-

schiedene gewalttätige Jugendbanden entstehen und gedeihen konnten. Die 60er Jahre waren gekennzeichnet durch blutige Straßenschlachten zwischen Mods und Rockern. Die Skinheads entstanden aus diesem Nährboden, unterschieden sich aber von Anfang an durch ihre Vorliebe für wahllose rassistische Gewalt. In „Oi!“-Musik fanden sie den „kulturellen“ Ausdruck ihres sadistischen Nihilismus. Die Jugendlichen, die es vorziehen, Skinheads zu werden, tun das nicht als „Geschmacksache“, sondern weil sie rassistische Killer werden und so ihre Wut über die Gesellschaft ausdrücken wollen.

Was für psychopathische und degenerierte Kreaturen von diesen angehenden Faschisten als Idol angesehen werden, kann man an einem gewissen Ian Stuart sehen, Leadsänger der Skinhead-Band Skrewdriver. Stuart ist an der Gründung von „Blut und Ehre“ beteiligt gewesen, die nicht nur europäische faschistische Gruppen miteinander verbindet, sondern auch den Ku Klux Klan in den USA sowie südafrikanische Faschisten. Andere „Oi!“-Bands haben Namen wie No Remorse (kein Erbarmen), Brutal Attack (brutaler Angriff) und Sudden Impact (plötzlicher Einschlag), ihre „Konzerte“ sind in Wirklichkeit faschistische Kundgebungen.

Skinhead-Terror greift um sich

Das Phänomen der Skinheads verbreitet sein Gift in ganz Europa. In Britannien nähren sie sich von der allgemeinen Depression und Verzweiflung; auf dem Kontinent sind sie zusammen mit der Massenarbeitslosigkeit der 80er Jahre angewachsen. So sind auch die „Skins“ Mode geworden unter kleinbürgerlichen Elementen, die sich daran aufregen, „Ausländer“ zusammenzuschlagen. Britannien hat Berichten zufolge einige zehntausend Skinheads; es gibt jetzt etwa 2000 in Westdeutschland und auch mehrere hundert in Frankreich (*Le Nouvel Observateur*, 19. August).

Auch im Vierten Reich des deutschen Imperialismus sehen Skinheads und andere Faschisten Fußball-Fanclubs als vorrangiges Rekrutierungsfeld an. Jeden Samstag grölt es in den Stadien „Sieg Heil“ und „Deutschland, Deutschland über alles“. Die ANS/FAP von Michael Kühnen dominiert den Klub der Hamburger „Löwen“, und in der Adler-Front in Frankfurt gibt es ehemalige Mitglieder der „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Diese Nazi-Killer ließen 1980 auf dem Münchner Oktoberfest eine Bombe hochgehen. 13 wurden getötet und über 200 schwer verletzt.

Die tödliche Gefahr, die von den Banden der Hitler-Jünger in Westdeutschland ausgeht, ist in dem Buch *Nazis, Skins und alte Kameraden* (1986, Georg Biemann und Joachim Krischka, Hrsg.) dokumentiert. Im Dezember 1985 wurde der türkische Immigrant Ramazan Avci von einer Bande von etwa 30 Skins ermordet, die „Türken raus!“ brüllten. Dann wurde ein Schwarzer nachts in einer U-Bahnstation von Skins verprügelt, sie be-

schmierten ihn mit Hakenkreuzen und der Parole „N— raus — white power!“ Im Juli 1983 wurde eine Frau von einem Skin niedergestoßen, als sie die Frage bejahte, ob sie Türkin sei.

Diese tödlichen faschistischen Überfälle sind nicht einfach das Werk einiger geistesgestörter Elemente am Rande der Gesellschaft. Während Nazi-Banden, die „Heil Hitler“ grölen und SS-Symbole oder den preußischen Adler zur Schau stellen, Türken zusammenschlagen, verabschieden die respektablen Politiker in Bonn, sowohl Christdemokraten als auch Sozialdemokraten, Gesetze, um Immigranten abzuschieben, und errichten Konzentrationslager für Tamilen aus Sri Lanka, die Asyl suchen.

Aber die faschistischen Schläger sind auch auf Widerstand gestoßen. Als im Oktober 1983 die westdeutsche Fußballmannschaft im Westberliner Olympiastadion gegen die Türkei spielte, drohten Nazi-Banden mit Überfällen auf Türken im vorwiegend von Immigranten bewohnten Kreuzberg. „Sport“vereine mit Namen wie Zyklon B (das von den Nazis in ihren Todeslagern eingesetzte Gas) und Skinheads, die auf ihren Bomberjacken die Parole tragen: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“, schworen „Kreuzberg muß brennen“. Westberliner Gewerkschaften reagierten auf die geplante Orgie rassistischen Terrors mit einem „Freundschaftsmarsch“, an dem 3000 teilnahmen, und versuchten, die faschistischen Sprechchöre während des Spiels zu über-tönen.

Am 30. Januar, dem Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, griffen Skinheads ein Wohnheim für Asylanten in Schriesheim an. Als Kühnens Schläger von ANS/FAP am 20. Februar zu einem Pogrom gegen Hamburger Asylantenwohnheime aufrufen, mobilisierten mehrere hundert Linke, um sie zu stoppen. Während verschiedene Reformisten an den westdeutschen imperialistischen Staat appellierten, er solle die Faschisten verbieten, rief ein Block der TLD zu Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten auf, um die Faschisten zu zerschlagen.

Jetzt hat das Skinhead-„Phänomen“ auch auf Frankreich übergegriffen, wo Le Pens Faschisten von der Front National bei den Wahlen letzten April 10 Prozent bekamen. Am 1. Mai formierten sich Schläger-Trupps von Kahrlasierten auf den Champs-Élysées zu einer Provokation, angestiftet von Le Pen gegen den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse.

Im industriell schwer angeschlagenen Ruhrgebiet kündigten die Kühnen-Faschisten an, daß sie vor Tor 1 der umkämpften Rheinhauser Krupp-Hütte eine Nazi-„Gewerkschaft“ gründen wollten. Doch 2000 Linke, darunter auch Krupp-Arbeiter, Deutsche und Immigranten, sowie 600 Motorradfahrer der „Kuhle Wampe“ verhinderten diese Provokation. Als 40 Faschisten auf eine Autobahn-Raststätte auswichen, raste die Motorrad-Kolonnie los und verjagte sie auch von dort.

Letzten Mai organisierten die Skinheads zum ersten Mal eine europaweite „Aktion“ und rotteten sich in der Normandie von allen Seiten zu einem „Nazi-Rockkonzert“ zusammen. In Rouen und Brest wurde dies zu einem Alptraum rassistischer Gewalt, als sie Nordafrikaner, Asiaten und Schwarze von den Antillen überfielen. Unsere Genossen von der Ligue trotskyste de France antworteten darauf am nächsten Tag mit einer Protestdemonstration in Sotteville bei Rouen. Dort war eine Kneipe, die Marokkanern gehört, von Faschisten überfallen worden. Plakate der LTF forderten „Selbstverteidigungsgruppen von Arbeitern/Immigranten“ und „Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten“.

Keine „Geschmacksfrage“

Nur weil es keine klassenkämpferische Führung der Arbeiterbewegung gibt, kann der barbarische Skinhead-Abscham wuchern und wachsen. Während die britische Bevölkerung im allgemeinen diese Killer zu Recht verachtet und fürchtet, leugnen viele Linke jede Identität der Skinheads mit dem Faschismus und nehmen sie sogar in ihren Reihen auf. Wie ein Artikel in der antifaschistischen Zeitschrift *Searchlight* (September 1986) enthüllte, wurde ein Nest von Faschisten, das eine lange Geschichte von gewalttätigen rassistischen Überfällen hat, immer wie-

Fortgesetzt auf Seite 4



Workers Vanguard

27. November 1982 – Mobilisierung von mehr als 5000 entschlossenen Arbeitern/Schwarzen verhinderte, daß der Ku Klux Klan in Washington marschieren konnte

Verteidigt die Opfer der Memminger Hexenjagd!

Am 8. September wurde der Abtreibungsprozeß gegen Dr. Horst Theissen eröffnet. Am Tag darauf wurde die Identität von über 150 seiner vorgeladenen Patientinnen vom Gericht öffentlich gemacht. Der bayerische Staat hat Dr. Theissen und Hunderten von Allgäuer Frauen und Männern den Krieg erklärt. Ihre Existenzen werden durch den unerträglichen Druck in den stark konservativen Gemeinden zerstört; sie werden zum Freiwild für jeden beliebigen rechten Terroristen gemacht. Gesteuert vom bayerischen Justizministerium, ist die Memminger Hexenjagd nicht nur ein Pauschalangriff gegen das Nadelöhr der 218-„Notlagenindikation“. Die Hunderte von Ermittlungen gegen Dr. Theissen und die Allgäuer Frauen und Männer sowie alle Urteilsprüche (inzwischen annähernd 150) basieren auf völlig illegalen, geheimen Absprachen zwischen den Klasseninstanzen der „dritten Gewalt“, Steuerehrendern, Kripo usw., mit einer Freizügigkeit, von der selbst Bismarcks Polizeipräsidenten nur geträumt hätten. In Memmingen lassen die Zimmermänner einen Versuchsballon steigen, der bonapartistische Pläne testen soll, den bayerischen „Frei“staat auszuweiten. Nachfolgend drucken wir die Grußadresse einer Vertreterin der Trotzlistischen Liga auf der Protestdemonstration vom 10. September ab.

Wir bringen euch auch Grüße aus Hamburg, und zwar von der Trotzlistischen Liga



Memmingen, 10. September: Demonstration gegen §218/219-Hehexenjagd

Deutschlands. Wir teilen eure Wut, und wir sind auch froh über die vielen Solidaritätstelegramme und -adressen von den Gewerkschaften, die verlesen wurden. Aber Wut und Empörung sind nicht genug. Am liebsten wären wir hergefahren mit ein paar hunderttausend IG-Metallern und ÖTVlern. Denn die organisierte Arbeiterbewegung ist die einzige Kraft, die mit dieser Hexenjagd aufräumen

kann. In Verteidigung der Hunderte von Memminger Frauen und Männern, und natürlich von Dr. Horst Theissen, sagen wir: Weg mit allen Urteilen! Weg mit allen Anklagen! Weg mit allen Ermittlungen! Weg mit den Schandparagrafen 218 und 219! Die gehören gründlich weg.

Es ist von anderen Leuten gesagt worden, daß der Kampf für die Befreiung der Frau

schon sehr lang gedauert hat und daß der Kampf gegen den Paragraphen 218 über hundert Jahre gedauert hat. Der Paragraph 218 wurde 1871 in das Strafgesetzbuch aufgenommen, als Bismarck das Reich gegründet hat. Das heißt: diese kapitalistische Klassengesellschaft hat die Unterdrückung der Frau auf ihr Banner geschrieben, ums Verrecken. Und es ist notwendig, nicht nur damit aufzuräumen, sondern auch mit der Hexenjagd gegen die Immigrantinnen. Die Losung der Regierung scheint zu sein: „Ausländer raus, ‚Volksdeutsche‘ rein, und deutsche Frauen sollen gebären.“

Es gibt einen Weg, um mit dieser Hetze aufzuräumen. Und das ist durch Klassenkampf, daß die ganze Arbeiterbewegung dagegen kämpft. Aber um das zu tun, brauchen wir eine neue, eine revolutionäre Führung. Wir brauchen eine neue Regierung, eine wirkliche Arbeiterregierung, die wirklich die Interessen von Frauen und allen arbeitenden Menschen vertritt. Und dafür kämpft die Trotzlistische Liga Deutschlands. Und auf unser Banner schreiben wir: Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! ■

Spendet für die Verteidigung der Opfer der Memminger Hexenjagd!

Spendenkonto: §218 Frauen in Not
Konto-Nr. 521 418, BLZ 731 607 44
Raiffeisenbank Memmingen

Skinheads...

Fortsetzung von Seite 3

der bei Veranstaltungen von Schwulengruppen, der CND (Kampagne für nukleare Abrüstung) und der Anti-Apartheidbewegung als bezahlte Ordner eingesetzt. Heftig kritisierte der Artikel „die Selbstgefälligkeit vieler progressiver Organisationen gegenüber dieser Nazi-Unterwanderung“ und kam zu dem Schluß: „Durch ihren Mangel an politischem und moralischem Verstand haben die Arbeiter- und die Schwulenbewegung ein sehr großes Trojanisches Pferd in ihren Reihen zugelassen. Es kann sich sehr wohl als ein Tiger herausstellen, der sie verschlingen wird.“

Ein späterer Artikel in *Searchlight* (Februar 1988) erklärte, wie die Faschisten begannen, Skinheads über „Oi!“-Musik zu organisieren: „Die NF sah den riesigen Erfolg der Bewegung Rock gegen Rassismus Mitte und Ende der 70er Jahre und nahm sich vor, junge Straßenkämpfer-Skins in die NF zu rekrutieren über ein Angebot von Konzerten, die zutiefst rassistisch und antijüdisch sein sollten.“

„Rock gegen Rassismus“ war das Jugendpendant der volksfrontorientierten Anti-Nazi League (ANL), organisiert von Tony Cliffs Socialist Workers Party. Die SWP versuchte, mit den Faschisten zu konkurrieren und mit Rockkonzerten deren Unterstützerbasis in der Jugend abzuwerben. Die Cliff-Anhänger versuchten, Skinheads gegen die Nazis zu organisieren, indem sie explizit an diesen Abschaum aus der Gosse appellierten: „Skins hassen Autorität und die Nazis repräsentieren Autorität“ (*Socialist Worker*, 1. Juli 1978). Als

die National Front 1978 eine Massendemonstration im Londoner Stadtteil East End abhielt, wo im wesentlichen Asiaten wohnen, lenkte die ANL durch ihr Rockfest „Karnaval 2“ absichtlich Zehntausende antifaschistischer Militanter weg von einer Konfrontation mit den Nazis. Heute gibt die SWP noch nicht einmal ein Lippenbekenntnis ab über die Notwendigkeit, den Faschismus zu bekämpfen. Währenddessen sponsern sie eine Rockgruppe mit dem Namen Redskins, deren Album den Titel hat „Weder Washington noch Moskau“.

Eine zunehmend dubiosere Gruppe namens Revolutionary Communist Party, die von einer Abspaltung von den Cliff-Leuten in den 70er Jahren stammt, ist sogar noch weiter gegangen. Die Spezialität der RCP sind klassenlose Appelle an die lumpenproletarische und kleinbürgerliche Wut; die RCP legt Gewicht auf „Machtpolitik“, wetteifert mit „Radio Freies Europa“ um die schrillste anti-sowjetische Propaganda, spuckt auf die organisierte Arbeiterbewegung (und organisierte während des Bergarbeiterstreiks sogar offen Streikbrecher). Sie hat nicht nur zahlreiche Skinhead-Schläger in ihrer Organisation, sondern hat sogar einen „ehemaligen“ faschistischen Organisator rekrutiert. Es ist für die übrige britische Linke ein vernichtendes Urteil, daß die Spartacist League praktisch als einzige Organisation darüber Alarm schlug, daß die RCP die Linke und Arbeiterbewegung für Unterwanderung durch Faschisten öffnet.

Das Phänomen der „Redskins“ hat sich inzwischen auf andere europäische Länder ausgebreitet, besonders auf Westdeutschland. Eine antifaschistische Demonstration in Westberlin am 20. August erlaubte die

Anwesenheit eines Blocks von „linken“ Skinheads, die ein maoistisches Flugblatt verteilten, das als chemisch reiner Ausdruck des wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus gegen die „Supermächte“ USA und UdSSR wütete. Diesen „roten“ Skinheads die Tür zu öffnen ist ein Spiel mit dem Feuer, wie wir nach der Westberliner Demo warnten:

„Die TLD mußte es auf die harte Tour lernen, wie der ‚neue deutsche Nationalismus‘ ein Transmissionsriemen zum Punkfaschismus ist. Ein gewisser Ulrich Sandhaus wurde 1982 aus unserer Organisation ausgeschlossen, nachdem er eine Begeisterung für ‚Oi! Oi!‘-Musik entwickelt und das Hakenkreuz in seiner Wohnung ausgestellt hatte...“

1984 übersetzte Sandhaus diese ‚Vorlieben‘ in direkte Aktion und leitete einen blutigen Überfall auf unsere Unterstützerin Gisela Borowski, der er zuvor Postkarten mit ‚Oi! Oi!‘-Drohungen geschickt hatte.“ (*Spartakist* Nr. 58, September/Oktober 1988)

Am 20. August erklärte einer der „Redskins“: „Uli ist mein Freund.“ Zweifello!

Die Existenz solcher „Redskins“ überrascht nicht. Faschistische Banden werden aus lumpenproletarisierten Jugendlichen rekrutiert, die die etablierte Autorität hassen. Losgelöst von der Arbeiterklasse und mit einer nihilistischen Auffassung von der Gesellschaft, pendeln sie leicht von der extremen Linken zur extremen Rechten. Nicht wenige aus Hitlers SA hatten zu dem einen oder anderen Zeitpunkt die Kommunisten unterstützt. In Westdeutschland gibt es heute ein großes lumpenproletarisches Milieu der „No Future“-Generation – von den Hausbesetzern und anarchistischen Autonomen bis zu den verschiedenen Skinhead-Banden –, in dem die Grenzen zwischen links und rechts total verwischt sind.

Der Schlüssel ist revolutionäre Führung – eine Arbeiterbewegung, die nicht davor zurückschreckt, die klare Klassenlinie zu ziehen, und die bereit ist, einen Kampf um Arbeitermacht zu organisieren, um die Krise der bürgerlichen Gesellschaft zu lösen. Eine revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung könnte in dem antikapitalistischen Kampf viele Schichten der am meisten Unterdrückten auf ihre Seite ziehen, darunter verzweifelte Jugendliche. Aber statt dessen hinterläßt der Bankrott der kriecherischen Reformisten ein Vakuum, das die Faschisten nur zu gern füllen würden. Gleichzeitig suchen andere von der Linken, mit den Faschisten auf deren Terrain zu konkurrieren.

In den 20er und 30er Jahren appellierten die deutschen Stalinisten zeitweise an die Nazis auf der Basis des „Nationalbolschewismus“, das heißt, sie machten sich stark für

die nationale Sache des imperialistischen Deutschlands gegen Britannien und Frankreich und halfen, die nationalistische Hysterie zu schüren, die den Nazis den Weg zur Macht ebnete. In ähnlicher Weise verbindet heute der wiederaufsteigende deutsche Nationalismus die reformistische Linke mit den „Redskins“ über die Losung „Weder Washington noch Moskau“. Tatsächlich beanspruchen auch die offen faschistischen Skinheads diese Parole für sich, da sie nationalistische Verbitterung und Antikommunismus in sich vereinigt.

Die Arbeiter müssen den faschistischen Abschaum zerschlagen

In Frankreich nennen sich einige Skinhead-Gruppen „Nachbarschafts-SA“. Die Braunhemden der SA wurden aus dem sozialpathologischen Bodensatz der krisengeschüttelten deutschen Gesellschaft rekrutiert, benutzt, um Arbeiterbewegung und Juden zu terrorisieren, und dann, nach Hitlers Machtübernahme, liquidiert. Die Nazis stiegen im Dienste des deutschen Kapitalismus zur Macht auf. Einmal an der Macht, mußten sie ihre plebejischen Sturmtruppen und die Rhetorik des „nationalen Sozialismus“ loswerden. In der „Nacht der langen Messer“ im Juni 1934 führte Hitler nach einem Ultimatum des deutschen Generalstabs eine blutige Säuberung unter den lumpenproletarischen SA-Braunhemden durch. Der Skinhead-Abschaum muß im Keim erstickt werden, bevor sie die Sturmtruppen für eine neue siegreiche faschistische Bewegung werden.

Auf der anderen Seite des Atlantik haben sich die amerikanischen Faschisten des Ku Klux Klan und Gruppen wie Tom Metzgers White Aryan Resistance Movement (WAR) vor kurzem mit Skinheads verbündet, um rassistische Provokationen durchzuführen, von Orange County in Südkalifornien bis Chicagos Marquette Park, und während des Parteitags der Demokraten in Atlanta (siehe „Fascist Metzger and His Deadly Skinhead Thugs“ – Der Faschist Metzger und seine mörderischen Skinhead-Schläger –, *Workers Vanguard* Nr. 462, 7. Oktober). Jetzt drohen die Skinhead-Killer und die KKK-Lyncher, in Philadelphia am 5. November eine rassistische Kundgebung abzuhalten. Als Antwort darauf hat das Partisan Defense Committee eine Massenmobilisierung, basierend auf der Arbeiterbewegung, initiiert, um die Straßen sicher zu halten vor den rassistischen Terroristen (siehe „Stoppt den KKK!“, Seite 2).

Die Spartacist League/U.S., deren klassenkämpferische Verteidigungsstrategie vom PDC unterstützt wird, hat wiederholt faschistische Vorstöße in Städte der nördlichen USA erfolgreich verhindert. Ein Beispiel ist

Fortgesetzt auf Seite 11

WORKERS VANGUARD
25c
Democrats, Republicans Wage War on the Poor

24 Ausgaben
Luftpost DM 50, –
Seepost DM 15, –

Abonniert!

SPARTAKIST
12 Ausgaben
Inland DM 10, –
Ausland Seepost DM 15, –
Luftpost DM 30, –

Stopp Zimmermanns Abschiebeprogramm!
Genocide U.S. Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Alle Abonnements einschließlich Spartakist (deutsche bzw. englische Ausgabe)

Name _____
Adresse _____
Tel. _____
PLZ _____ Ort _____

Zu beziehen über Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Verteidigt das kurdische Volk!

Nach Workers Hammer Nr. 100, September 1988, Zeitung der Spartacist League/Britain

Die sogenannte „Feuerpause“, ausgehandelt von den Vereinten Nationen, hat vielleicht nicht den grausamen und sinnlosen Krieg zwischen Irak und Iran beendet. Aber sie hat diesen beiden selbsternannten „revolutionären“ Regimen die Atempause gegeben, die sie brauchen, um ihre Kräfte auf das zu konzentrieren, was sie am besten machen: ihre eigenen Völker niederzumetzeln.

Seit Mitte Juli haben die Generäle in Bagdad noch eine weitere Offensive gegen Irakisches Kurdistan gestartet, wo auch viele assyrische Christen leben. Dieses Mal schickten sie 60 000 Soldaten, ausgerüstet mit Panzern, Kampfhubschraubern, schwerer Artillerie, Napalm und, nach Aussagen kurdischer Flüchtlinge, mit Giftgas. Zehntausende von Flüchtlingen sind über die rauhe, gebirgige Grenze in die Türkei getrieben worden, wo historisch die Kurden mehr als irgendwo sonst unterdrückt worden sind. Ajatollah Chomeini, der seine islamische „Revolution“ damit einleitete, daß er über 10 000 Kurden umbrachte, zieht jetzt inzwischen Truppen in Irakisches Kurdistan zusammen.

Verurteilungen wegen des Giftgaseinsatzes strömten nur so aus den imperialistischen Hauptstädten wie Washington und Bonn und beherrschten die Schlagzeilen. Westdeutschland macht durch die Lieferung von Material für chemische Waffen ein lebhaftes Geschäft mit dem Irak, und die USA haben sich vor kurzem geweigert, ein internationales Verbot der Herstellung oder Verwendung dieser Waffen zu unterzeichnen.

Amnesty International, eine der ersten Organisationen, die die Massaker im Irak aufgedeckt und den Einsatz chemischer Waffen berichtet hatte, wandte sich an den Welticherheitsrat der UN. Aber die Vereinten Nationen sind die gleiche Institution, die Palästina zerstückelte und Grenzsoldaten für die israelische Expansion zur Verfügung stellte; die den Nationalistenführer Patrice Lumumba ermordete und seine flüchtige werdende afrikanische Nation zerstückelte; die die Vergewaltigung Koreas durch die USA absegnete



Der Spiegel

lionen kurdischen Menschen ihr eigener Nationalstaat verweigert.

Anklagen wegen des Giftgaseinsatzes sind sowohl in Bagdad gelehrt worden als auch vom NATO-Strohmann in Ankara, Özal. Das ist nicht überraschend, da die Türkei einen netten Profit dabei macht, Öl aus dem Irak (genau gesagt, aus Irakischem Kurdistan) ans Mittelmeer zu pumpen. Die türkische Diktatur hat sich mit ihrer „humanitären“ Behandlung von Flüchtlingen aus dem Irak gebrüstet, als Teil ihrer „neuen Fassade“ für den EG-Beitritt. Dabei werden die Männer zurückverfrachtet und die Frauen und Kinder in scharf bewachten Lagern zusammengepfercht gehalten, in denen ärztliche Hilfe von außen nicht zugelassen ist.

Laut *Işçinin Sesi* (5. September), der Zeitschrift der TKP (Türkische Kommunistische Partei), hat die Türkei den Kurden den Flüchtlingsstatus verweigert und stattdessen den bedeutungslosen Status des „befristeten Aufenthalts“ angeboten. Inzwischen bleibt das südöstliche Anatolien, wo die meisten

Waffen auf das kurdische Dorf Halabja abgeworfen und dabei über 5000 Männer, Frauen und Kinder umgebracht. Um den Widerstand gegen Bagdads Herrschaft zu brechen, verfolgt das bonapartistische Regime das, was der US-Imperialismus in Vietnam eine Politik der „verbrannten Erde“ nannte:

„Präsident Saddam Hussein hat Dörfer dem Erdboden gleichgemacht – Berichten zufolge sind nicht weniger als 3000 von den 4000 Dörfern Kurdistans verschwunden –, Zehntausende der Einwohner deportiert – entweder in leicht zu kontrollierende Siedlungen in Kurdistan oder in Konzentrationslager im äußersten Süden des Irak – und die kritischeren Gebiete arabisiert, wie zum Beispiel die Gegend um die Ölfelder von Kirkuk.“ (*Guardian*, 14. September)

Saddams Vorwand für noch einen weiteren mörderischen Feldzug gegen die hart bedrängten Kurden war, daß ihre nationalistischen Kräfte mit Chomeinis Truppen zusammengearbeitet hätten. Die bürgerlichen (und vorbürgerlichen) nationalistischen Führer der irakischen Kurden, die Demokratische Partei Kurdistans (DPK), angeführt von dem Barsani-Clan, und die Patriotische Union Kurdistans (PUK), angeführt von Jalal Talabani, haben tatsächlich sowohl von Chomeini als auch vom Schah Unterstützung erhalten. Dieser nutzte den kurdischen Widerstand aus, um Saddam Hussein zu zwingen, das Abkommen von Algier aus dem Jahre 1975 zu unterzeichnen, das dem Iran die gemeinsame Souveränität über die Mündung des Schatt el-Arab zusprach. Das Abkommen von Algier hieß auch Zusammenarbeit von Bagdad und Teheran beim Zerschlagen des kurdischen Widerstands, bis Saddam dieses Abkommen 1980 zerriß, als er gegen Chomeinis neu gebildete theokratische Diktatur einen Krieg um Gebietsansprüche anfang.

Inzwischen gab der Führer der Demokratischen Partei Irakisches Kurdistan (DPKI), Abdul Ghassem, vor kurzem bekannt, daß Chomeini vorhabe, seine Kräfte anzugreifen, weil er seinerseits von Saddam Hilfe angenommen hatte. Als er von der *Süddeutschen Zeitung* (16. September) über die Kurden im Irak gefragt wurde, erklärte er: „Wir sind keine Separatisten, wir sind Kurden, aber wir sind auch Iraner.“ Daher sei Saddam deren Problem, es sei nicht die Aufgabe seiner Organisation, den irakischen Kurden zu Hilfe zu kommen.

Der Nahe Osten, und vor allem Kurdistan, bezeugt auf dramatische Weise die Unfähigkeit des Kapitalismus in der Epoche des imperialistischen Niedergangs, selbst die elementarsten demokratischen und nationalen Bestrebungen der unterdrückten, werktätigen

Massen zu verwirklichen. Die kleinbürgerlichen Linken, die den arabischen Nationalismus und die „Arabische Revolution“ unterstützten, als das in Mode war, und die dann zur „Iranischen Revolution“ des persischen Chauvinismus und schiitischen Obskurantismus überwechselten, ernteten die Früchte ihrer Nachtrabpolitik im Iran-Irak-Krieg, besonders auf den Schlachtfeldern Kurdistans. Und unter den Kurden betrachten sich manche vom Irak als „Hisbollahi“ (schiitische Fanatiker), während andere Kurden im Iran von Chomeinis Hisbollah abgeschlachtet werden. Eine proletarische Perspektive für das kurdische Volk ist notwendig, um auch diese religiösen und regionalen Trennungslinien zu bekämpfen.

Nur die internationale Spartacist Tendenz, die dem Nationalismus keine politische Unterstützung gibt, konnte jedes Unrecht am kurdischen Volk bekämpfen und eine Position des revolutionären Defätismus auf beiden Seiten des Iran-Irak-Kriegs einnehmen. Dabei wiesen wir darauf hin, daß der Krieg seit der kurzlebigen „Kurdischen Republik“ von Mahabad im Jahre 1946 die beste Gelegenheit ergab, einen unabhängigen kurdischen Nationalstaat herauszubilden. Saddam Hussein bestätigt dies auf seine Weise durch seine gegenwärtige Völkermordkampagne gegen die irakischen Kurden. Und Saddams Feind in Teheran ist genauso ein blutiger Verfolger des kurdischen Volkes.

Die Russische Revolution demonstrierte, daß in dieser Epoche demokratische Rechte und Prinzipien nur durch das revolutionäre Proletariat an der Macht völlig verwirklicht werden können. Deshalb schauen viele Kurden auf die Sowjetunion, trotz ihrer stalinistischen Degeneration. Dort genießen ihre Brüder und Schwestern demokratische nationale Rechte zusammen mit den Errungenschaften der Wissenschaft und Technologie des 20. Jahrhunderts. Wie wir in unseren Grüßen an eine kurdische Konferenz erklärten, die vor vier Jahren in Mitteleuropa abgehalten wurde (*Spartakist* Nr. 51, Oktober 1984, in deutsch und türkisch, erhältlich auch auf irakisch-kurdisch, in arabischer Schrift):

„Die Lösung für die Unterdrückung der kurdischen Massen kann nur in der ganzen Region stattfinden. Dies schließt die Zerschlagung von vier reaktionären bürgerlichen Regimes ein... Unser Modell ist Lenins Rußland von 1917 bis 1924, wo die Bolschewiki den nationalen Minderheiten die Möglichkeit und die Vorteile einer Assoziation mit der Sowjetischen Föderation angeboten haben. Für unseren Teil haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, die internationalistische Partei der weltweiten proletarischen Revolution zu schmieden, und wir sprechen zu euch mit dem Verständnis, daß von dem Aufbau dieser Partei die Zukunft der Menschheit abhängt.“ ■



Spartakist

Köln, 24. September – Kurden protestieren gegen Giftgaseinsatz des irakischen Regimes gegen die kurdische Bevölkerung

und Tausende von Nazi-Kriegsverbrechern nach dem Zweiten Weltkrieg beschützte, darunter natürlich ihren eigenen Generalsekretär, Kurt Waldheim.

Die Vorläuferorganisation der UN, der Völkerbund, war verantwortlich dafür, dem Nahen Osten nach dem Ersten Weltkrieg die imperialistische Teilung und Balkanisierung aufzuzwingen, durch die Kurdistan sein Recht auf Selbstbestimmung verweigert wurde und durch die es zwischen vier kapitalistischen Mächten aufgeteilt wurde: Türkei, Irak, Iran und Syrien. Und heute wird 20 Mil-

der über acht Millionen Kurden der Türkei leben, unter Kriegsrecht. Sie werden seit der Herrschaft des Nationalistenführers Atatürk in den 20er Jahren als „Bergtürken“ bezeichnet, ihnen wird das Recht verweigert, ihre eigene Sprache zu sprechen, und heute sind sogar ihre Dörfer militärisch besetzt und ihre Kämpfer ins Gefängnis geworfen und ermordet worden.

Irak hat in Kurdistan seit Oktober 1983 Giftgas eingesetzt. Letzten März, bei einer Schlacht gegen die iranischen Truppen, haben die baathistischen Streitkräfte chemische

Neu!

DM 1,50

GORBAÇOV'UN
SOVJETLER
BİRLİĞİ NEREYE
GİDİYOR?



Wohin geht Gorbatschows Rußland?
Kehrt zum Weg
Lenins und Trozskis zurück!

Dokument der IST in Türkisch
Zu beziehen über Kontaktadresse

Wir sind die Partei der Russischen Revolution!

Im folgenden drucken wir eine Rede nach, die James P. Cannon im Oktober 1939 gehalten hat. Cannon war ein Gründungsmitglied der amerikanischen Kommunistischen Partei (CP) und in den 20er Jahren einer ihrer wichtigsten Führer. 1922 war er ein Delegierter für den Vierten Weltkongreß der Komintern (KI). Als Delegierter für den Sechsten Weltkongreß der KI im Jahre 1928 wurde er für Trotzki's Kritik am Programm der KI gewonnen. 1928 aus der CP ausgeschlossen, wurde Cannon ein Gründer der trotzkistischen Bewegung in den USA und war ihr zentraler Führer, bis er sich aus den unmittelbaren Organisationsangelegenheiten der Socialist Workers Party (SWP) in den 50er Jahren in den Ruhestand zurückzog. 1939 kämpfte Cannon in der damals revolutionären SWP gegen eine Fraktion, die sich am Vorabend des Zweiten Weltkriegs von der Verteidigung der Sowjetunion lossagte. Da Reagan und Kohl zum dritten Weltkrieg gegen die Sowjetunion rüsten, ist Cannons machtvolle Rede heute genauso gültig, wie sie es vor 49 Jahren war.

von
James P. Cannon

Die russische Frage stellt sich uns erneut, wie es an jedem kritischen Wendepunkt der internationalen Arbeiterbewegung seit dem 7. November 1917 der Fall gewesen ist. Und darin liegt nichts Seltsames. Die russische Frage ist keine literarische Übung, die man je nach Laune des Augenblicks aufnehmen oder fallenlassen kann. Die russische Frage war und bleibt die Frage der Revolution. Am 7. November 1917 holten die russischen Bolschewiki die Frage der Arbeiterrevolution ein für allemal aus dem Reich der Abstraktion und verwirklichten sie in Fleisch und Blut.

Von einem Buch wurde einmal gesagt – ich denke, es war Whitmans *Leaves of Grass*: „Wer dieses Buch berührt, der berührt einen Menschen.“ In dem gleichen Sinn kann man auch sagen: „Wer die russische Frage berührt, der berührt eine Revolution.“ Nehmt sie deshalb ernst. Spielt nicht mit ihr.

Die Oktoberrevolution setzte in der ganzen Welt den Sozialismus auf die Tagesordnung. Sie wiederbelebte, prägte und entwickelte die revolutionäre Arbeiterbewegung der Welt aus dem blutigen Chaos des Krieges. Die russische Revolution zeigte in der Praxis, durch ihr Beispiel, wie man die Arbeiterrevolution machen muß. Sie zeigte die Rolle der



Pathfinder Press

James P. Cannon, ein Gründer und zentraler Führer der trotzkistischen Bewegung in den USA, 1938



Nowosi

1917 in Moskau: Rote Soldaten demonstrieren für den Kommunismus

Partei im wirklichen Leben. Sie zeigte im wirklichen Leben, welche Art von Partei die Arbeiter haben müssen. Durch ihren Sieg und ihre Neuordnung des Gesellschafts-systems hat die russische Revolution die Überlegenheit des nationalisierten Eigentums und der Planwirtschaft über das kapitalistische Privateigentum, den planlosen Wettbewerb und die Anarchie in der Produktion für alle Zeit bewiesen.

Eine scharfe Trennungslinie

Die Frage der russischen Revolution – und des Sowjetstaates, der ihr Werk ist – hat seit 22 Jahren eine scharfe Trennungslinie durch die Arbeiterbewegung aller Länder gezogen. Die Haltung gegenüber der Sowjetunion ist alle diese Jahre hindurch das entscheidende Kriterium gewesen, um die wirkliche revolutionäre Tendenz von allen Schattierungen und Abstufungen zu trennen, die es an Zauderern, Abtrünnigen und Kapitulanten vor dem Druck der bürgerlichen Welt gibt – die Menschewiki, Sozialdemokraten, Anarchisten und Syndikalisten, Zentristen, Stalinisten.

Die Hauptquelle von Differenzen in unseren eigenen Reihen ist in den letzten zehn Jahren, seit die Tendenz für die Vierte Internationale auf der internationalen Ebene organisierte Gestalt annahm, die russische Frage gewesen. Unsere Tendenz, die eine wirkliche, das heißt orthodoxe, marxistische Tendenz von A bis Z ist, kam in der russischen Frage stets von theoretischen Voraussetzungen zu politischen Schlußfolgerungen für das Handeln. Natürlich nur dann, wenn die politischen Schlußfolgerungen bis zum Ende gebracht werden, erreichen Differenzen in der russischen Frage eine unerträgliche Schärfe und erlauben keinerlei Zweideutigkeit oder Kompromiß. Schlußfolgerungen in der russischen Frage führen direkt zu Positionen in solchen Fragen wie Krieg und Revolution, Verteidigung und Defätismus. Solche Fragen lassen von ihrer ganzen Natur her keine Unklarheit und keinen Kompromiß zu, weil es darum geht, Seite zu beziehen! In Krieg und Revolution muß man entweder auf der einen oder auf der anderen Seite stehen.

Die Wichtigkeit der Theorie

Aber wenn auch die Trennungslinien nur dann gezogen werden, wenn die politischen Schlußfolgerungen auseinandergehen, so

bedeutet das überhaupt nicht, daß wir gegenüber den theoretischen Voraussetzungen gleichgültig sind. Der ist ein sehr schlechter Marxist – besser gesagt, gar kein Marxist –, der eine sorglose oder nachsichtige Haltung gegenüber den theoretischen Voraussetzungen einnimmt. Die politischen Schlußfolgerungen von Marxisten gehen von theoretischen Analysen aus und werden durch sie ständig überprüft und angepaßt. Das ist der einzige Weg, um eine feste und konsequente Politik zu gewährleisten.

Sicher, wir lehnen nicht die Zusammenarbeit mit Leuten ab, die von anderen Voraussetzungen her mit unseren politischen Schlußfolgerungen übereinstimmen. Zum Beispiel waren die Bolschewiki nicht davon abgeschreckt, daß die linken Sozialrevolutionäre unbeständig waren. Wie Trotzki in diesem Zusammenhang bemerkte: „Wenn wir warten, bis jeder alles richtig im Kopf hat, wird es auf dieser Welt niemals irgendwelche erfolgreichen Revolutionen geben“ (oder etwas in diesem Sinne). Trotzdem, was uns betrifft, so wollen wir in unseren Köpfen alles klar haben. Wir haben nicht den geringsten Grund, mit theoretischen Formeln, die in „Terminologie“ ausgedrückt sind, schlampig umzugehen. Wie Trotzki sagt, in theoretischen Angelegenheiten „müssen wir unser Haus sauber halten“.

Unsere Position in der russischen Frage ist programmatisch. Kurz: die theoretische Analyse – ein degenerierter Arbeiterstaat. Die politische Schlußfolgerung – bedingungslose Verteidigung gegen den Angriff der Imperialisten von außen oder gegen die Versuche zur kapitalistischen Restauration von innen.

Verteidigung und Defätismus

Verteidigung und Defätismus sind zwei grundsätzliche, das heißt unversöhnliche, Positionen. Sie werden nicht durch willkürliche Wahl, sondern durch Klasseninteressen bestimmt.

Keiner Partei auf der Welt ist es je gelungen, diese beiden gegensätzlichen Tendenzen für irgendeine längere Zeit in sich zu beherbergen. Der Widerspruch ist zu groß. Die Spaltung fand in der ganzen Welt letztlich entlang dieser Linie statt. Die Verteidiger des eigenen Landes waren Defätisten gegenüber Rußland. Die Verteidiger Rußlands waren Defätisten gegenüber ihrem eigenen Land.

Die Degeneration des Sowjetstaates unter Stalin ist von den Bolschewiki-Leninisten

und nur von ihnen auf jeder Stufe analysiert worden. In jeder Phase haben sie eine präzise Stellung bezogen. Die Leitlinien der revolutionären marxistischen Herangehensweise an die Frage sind gewesen:

Sieh die Realität und sieh sie in jeder Phase als ein Ganzes; gib niemals irgendeine Position auf, bevor sie verloren ist; der schlimmste aller Kapitulanten ist derjenige, der vor der entscheidenden Schlacht kapituliert.

Die Internationale Linke Opposition, die 1923 als eine Opposition in der russischen Partei entstand (der ursprüngliche Kern der Vierten Internationale), hat immer eine präzise Haltung zur russischen Frage eingenommen. In den ersten Stadien der Degeneration, deren Bannerträger die stalinistische Bürokratie war, hielt es die Opposition für möglich, die Dinge durch die Methoden der Reform, über die Änderung des Regimes in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, zu korrigieren. Später, als es klarer wurde, daß die Kommunistische Partei Lenins hoffnungslos zerstört worden war, und nachdem es offenkundig wurde, daß die reaktionäre Bürokratie nur durch Bürgerkrieg beseitigt werden konnte, sprach sich die Vierte Internationale, nach wie vor auf der Basis ihrer Analyse der Sowjetunion als Arbeiterstaat, für eine politische Revolution aus.

Die ganze Zeit, diese gesamte Periode von 16 Jahren hindurch, haben die Bolschewiki-Leninisten, angesichts aller Verleumdung und Verfolgung, entschieden daran festgehalten, daß sie die standhaftesten Verteidiger des Arbeiterstaates seien und daß sie in der Stunde der Gefahr an der vordersten Front seiner Verteidigung stehen würden. Wir haben immer gesagt, der Augenblick der Gefahr wird die Anhänger der Vierten Internationale auf ihrem Posten finden bei der Verteidigung der Errungenschaften der großen Revolution, ohne unseren Kampf gegen die stalinistische Bürokratie für einen Moment einzustellen. Jetzt, da die Stunde der Gefahr nah ist – jetzt, da der langerwartete Krieg tatsächlich an die Tür klopft –, wäre es doch sehr seltsam, wenn die Vierte Internationale ihr oft bekräftigtes Gelöbnis brechen sollte.

„Konservatismus“ in der russischen Frage

Während dieser ganzen langen Periode der sowjetischen Degeneration seit Lenins Tod, wo die Anhänger der Vierten Internationale das neue Phänomen eines degenerierenden

Arbeiterstaates auf Schritt und Tritt analysierten und bemüht waren, seine Komplikationen und Widersprüche zu begreifen, die fortschrittlichen Grundzüge der widersprüchlichen Prozesse zu erkennen und zu verteidigen und die reaktionären Grundzüge zu verwerfen – während dieser ganzen langen Zeit sind wir bei jeder neuen Wendung der Ereignisse von den ungeduldigen Forderungen von „Radikalen“ belagert worden, die Frage zu vereinfachen. Durch Stalins Verbrechen und Verrat aus dem Gleichgewicht gebracht, verloren sie das neue Wirtschaftssystem aus den Augen, das Stalin nicht zerstört hatte und nicht zerstören konnte.

Wir haben diese voreiligen Ankündigungen, daß alles verloren sei und wir noch einmal ganz von vorn anfangen müßten, immer entschieden zurückgewiesen. In jeder Phase der Entwicklung, bei jeder neuen Enthüllung von Niedertracht und Verrat der Stalinisten brach die eine oder andere Gruppe von der Vierten Internationale weg wegen ihres „Konservatismus“ in der russischen Frage. Es wäre interessant, wenn wir die Zeit dazu hätten, die Namen dieser Gruppierungen aufzulisten, die eine nach der anderen unsere Reihen verließen, um eine vorgeblich „revolutionäre“ Politik in der russischen Frage zu verfolgen. Haben sie eine Aktivität entwickelt, die kämpferischer, revolutionärer ist als unsere? Ist es ihnen gelungen, eine neue Bewegung zu schaffen und neu erwachte Arbeiter anzuziehen und diejenigen, die dabei sind, mit dem Stalinismus zu brechen? In keinem einzigen Fall.

Wenn wir die Namen dieser ultraradikalen Gruppen auflisten würden, böte das tatsächlich ein katastrophales Bild. Diejenigen, die nicht in völlige politische Passivität verfielen, söhnten sich in der einen oder anderen Form mit der bürgerlichen Demokratie aus. Die Erfahrungen der Vergangenheit sollten uns allen eine gesunde Vorsicht beibringen, und sogar, wenn man so will, „Konservatismus“ im Herangehen an jeden Vorschlag, das Programm der Vierten Internationale zur russischen Frage zu revidieren. Während alle Erneuerer auf der Strecke blieben, bewahrte allein die Vierte Internationale ihre programmatische Festigkeit. Sie wuchs und entwickelte sich und blieb die einzige wirklich revolutionäre Strömung in der Arbeiterbewegung der Welt. Ohne eine feste Position in der russischen Frage hätte auch unsere Bewegung unweigerlich das Schicksal der anderen geteilt.

Die gewaltige Macht der Oktoberrevolution zeigt sich in der Lebenskraft ihrer Errungenschaften. Das nationalisierte Eigentum und die Planwirtschaft behaupteten sich unter allen Schwierigkeiten und Belastungen der kapitalistischen Einkreisung und unter allen Schlägen einer reaktionären Bürokratie im eigenen Land. In der Sowjetunion sahen wir, trotz der monströsen Mißwirtschaft der Bürokratie, eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte – und dabei in einem rückständigen Land –, während es mit der kapitalistischen Wirtschaft bergab ging. Die Schlußfolgerung: nationalisierte und geplante Wirtschaft, ermöglicht durch eine Revolution, die die Kapitalisten und Großgrundbesitzer stürzte, ist unendlich überlegen und fortschrittlicher. Sie zeigt den Weg vorwärts. Gebt sie nicht auf, bevor sie verloren ist! Haltet daran fest und verteidigt sie!

Die Klassenkräfte

Zur russischen Frage gibt es nur zwei wirklich unabhängige Kräfte auf der Welt. Zwei Kräfte, die zu der Frage eine unabhängige Meinung haben, weil sie sich, ihre Gedanken, ihre Analysen und ihre Schlußfolgerungen auf grundsätzliche Klassenerwägungen gründen. Diese beiden unabhängigen Kräfte sind:

1. Die bewußte Vorhut der Weltbourgeoisie, die Staatsmänner sowohl des demokratischen als auch des faschistischen Imperialismus.
2. Die bewußte Vorhut des Weltproletariats.

Zwischen ihnen geht es nicht einfach um zwei Ansichten zur russischen Frage, sondern vielmehr um zwei Lager. Alle diejenigen, die in der Vergangenheit die Schlußfolgerungen der Vierten Internationale ablehnten und sich deshalb von unserer Bewegung getrennt haben, sind fast ausnahmslos in den Dienst der Imperialisten getreten, durch Stalinismus, Sozialdemokratie, liberale Demo-

kratie oder durch Passivität, eine Form des Dienstes.

Der Standpunkt der Weltbourgeoisie ist ein Klassenstandpunkt. Sie gehen, so wie wir, von grundsätzlichen Klassenerwägungen aus. Sie wollen den Weltkapitalismus aufrechterhalten. Das bestimmt ihren grundsätzlichen Antagonismus gegenüber der UdSSR. Sie wissen die reaktionäre Arbeit Stalins zu schätzen, aber betrachten sie als unvollständig, da er nicht das kapitalistische Privateigentum wiederhergestellt hat.

Ihre grundsätzliche Haltung bedingt einen unvermeidlichen Versuch, zu Beginn oder während des Krieges Rußland anzugreifen, die nationalisierte Wirtschaft zu stürzen, ein kapitalistisches Regime wiederherzustellen, das Außenhandelsmonopol zu zerschlagen, die Sowjetunion als Markt und Investitionsfeld zu erschließen, Rußland in eine große Kolonie zu verwandeln und dadurch die Krise des Weltkapitalismus zu lindern.

Der Standpunkt der Vierten Internationale stützt sich auf die gleichen grundsätzlichen Klassenerwägungen. Nur ziehen wir die entgegengesetzten Schlußfolgerungen, von einem entgegengesetzten Klassenstandpunkt.

Rein sentimentale Beweggründe, Spekulation ohne grundsätzliche klassenmäßige Voraussetzungen, sogenannte „neue Ideen“ ohne jede programmatische Basis – all dies ist in einer Partei von Marxisten fehl am Platze. Wir wollen die Weltrevolution des Proletariats vorantreiben. Das bestimmt unsere Haltung und Herangehensweise an die russische Frage. Richtig, wir wollen die Realität sehen, aber wir sind keine unparteiischen Beobachter und Kommentatoren. Wir untersuchen die russische Revolution und das, was von ihren großen Errungenschaften übrig bleibt, nicht so, als ob wir einen Käfer hinter Glas hätten. *Wir haben ein Interesse! Wir nehmen an dem Kampf teil!* Bei jedem Entwicklungsstadium der Sowjetunion, ihrer Fortschritte und ihrer Degeneration suchen wir die Basis für revolutionäres Handeln. Wir wollen die Weltrevolution vorantreiben, den

Landes und der Verzögerung der Weltrevolution entstand und triumphierte eine konservative Bürokratie, sie zerstörte die Partei und bürokratisierte die Wirtschaft. Jedoch ebendiese Bürokratie operiert immer noch auf der Grundlage des nationalisierten Eigentums, das durch die Revolution errichtet wurde. Das ist das entscheidende Kriterium für unsere Beurteilung der Frage.

Wenn wir die Sowjetunion als das ansehen, was sie wirklich ist, nämlich eine gigantische Arbeiterorganisation, die ein Sechstel der Erdoberfläche erobert hat, dann werden wir nicht so schnell bereit sein, sie aus lauter Haß auf die Verbrechen und die Greuel der Bürokratie aufzugeben. Kehren wir einer Gewerkschaft den Rücken, weil sie unter die Kontrolle von Bürokraten und Verrätern gerät? Ultralinke haben diesen Fehler schon oft begangen, aber immer mit schlechten Ergebnissen und manchmal mit reaktionären Konsequenzen.

Die Sowjetunion als gigantische Arbeiterorganisation gegen die Angriffe ihrer Klassenfeinde zu verteidigen bedeutet nicht, jede einzelne Handlung ihrer Bürokratie zu verteidigen oder jede einzelne Aktion der Roten Armee, die ein Instrument der Bürokratie ist. Der Vierten Internationale solch ein „totalitäres“ Verteidigungskonzept zuzuschreiben, ist absurd. Niemand hier wird die Verteidigung einer echten Gewerkschaft verweigern, egal wie reaktionär ihre Bürokratie ist. Aber das hindert uns nicht daran, zwischen Aktionen der Bürokratie zu unterscheiden, die in einer Verteidigung der Gewerkschaft gegen die Bosse bestehen, und anderen Aktionen, die gegen die Arbeiter gerichtet sind.

Die United Mine Workers of America (amerikanische Bergarbeitergewerkschaft) ist eine große Arbeiterorganisation, die wir alle unterstützen. Aber sie wird angeführt von einem ausgesprochenen Schurken und Agenten der Herrenklasse, der sich von Stalin auch nur im Ausmaß der Macht und der Gelegenheiten unterscheidet. Aus meiner eigenen Erfahrung vor ein paar Jahren: Ich nahm an einem Streik der Bergarbeiter von

wir deshalb die Unterstützung für die nationale Bergarbeitergewerkschaft aufgeben? Ja, einige ungeduldige Revolutionäre haben das getan und sich dadurch in der Arbeiterbewegung völlig desorientiert. Die United Mineworkers behielten ihren Charakter als Arbeiterorganisation bei und gerieten erst letztes Frühjahr im nationalen Rahmen mit den Kohlenunternehmern in Konflikt. Ich glaube, ihr alle erinnert euch, daß unsere Presse in diesem Kampf der Bergarbeitergewerkschaft „bedingungslose Verteidigung“ gab, trotz der Tatsache, daß der Streikbrecher Lewis ihr Präsident geblieben war.

Warum ist es für einige unserer Freunde, darunter einige, die formal eine sehr gute Ausbildung haben, so schwierig, die russische Frage zu verstehen? Ich fürchte sehr, es ist deshalb, weil sie darüber nicht in den Begriffen des Kampfes denken. Es ist in auffälliger Weise offensichtlich, daß die Arbeiter, besonders die erfahreneren Arbeiter, die in der Gewerkschaft sind, an Streiks teilgenommen haben usw., die russische Frage viel besser verstehen als die gebildeteren Scholastiker. Aus ihren Kampferfahrungen wissen sie, was damit gemeint ist, wenn die Sowjetunion mit einer Gewerkschaft verglichen wird, die in schlechte Hände geraten ist. Und jeder, der schon einige Streiks mitgemacht hat, die durch Krisen gingen und an den Rand des Desasters kamen, um schließlich siegreich auszugehen, der versteht, was es heißt, wenn man sagt: *Keine Position darf aufgegeben werden, bevor sie unwiderruflich verloren ist!*

Ich habe persönlich gesehen, wie das Schicksal von mehr als nur einem Streik durch den Willen oder mangelnden Willen der Führung entschieden wurde, zu einem kritischen Zeitpunkt zu kämpfen. Alle unsere Gewerkschaftserfolge in Minneapolis gehen direkt zurück auf eine schicksalhafte Woche im Jahr 1934, als die Führer sich weigerten, den Streik abzublasen, der allem Anschein nach hoffnungslos besiegt war, und das Streikkomitee davon überzeugten, noch eine Weile auszuhalten. In der Zwischenzeit ereignete sich in den Reihen der Bosse ein Einbruch; dies wiederum ebnete den Weg für einen Kompromißabschluß und einen schließlich siegreichen Vormarsch der ganzen Gewerkschaft.

Wie seltsam ist es doch, daß manche Leute die Schwäche und die Fehler in einer Arbeiterorganisation so eingehend analysieren, daß sie die Schwäche im Lager des Feindes nicht immer in Betracht ziehen, die vielleicht alles mehr als aufwiegt.

In meiner eigenen Agitation unter streikenden Arbeitern habe ich in dunklen Augenblicken eines Streiks schon oft auf die Analogie zweier Männer zurückgegriffen, die sich auf einen physischen Kampf eingelassen haben. Wenn der eine müde wird und anscheinend am Ende seiner Kräfte anlangt, sollte er nie vergessen, daß der andere vielleicht genauso müde oder sogar noch müder ist. In dem Fall wird sich derjenige durchsetzen, der durchhält. Wenn man es in dieser Weise betrachtet, kann ein erschöpfter Streik manchmal durch den entschlossenen Willen seiner Führung zu einem Kompromiß oder einem Sieg gebracht werden. Dies haben wir mehr als einmal erlebt. Warum sollten wir der Sowjetunion, die noch nicht erschöpft ist, die gleichen Rechte verweigern?

Die Gefahr einer falschen Position

Wir hatten in der Vergangenheit viele Diskussionen über die russische Frage. Sie ist die zentrale und entscheidende Frage für uns gewesen, wie für jede politische Tendenz in der Arbeiterbewegung. Und zwar deshalb, ich wiederhole, weil sie nichts weniger ist als die Frage der Revolution zu verschiedenen Zeitpunkten ihrer fortschrittlichen Entwicklung oder ihrer Degeneration. Wir sind tatsächlich die Partei der russischen Revolution. Wir sind diejenigen gewesen, und zwar die einzigen, die die russische Revolution in ihrem Programm und in ihrem Blut gehabt haben. Das ist auch der Hauptgrund dafür, daß die Vierte Internationale die einzige revolutionäre Tendenz auf der ganzen Welt ist. Eine falsche Position in der russischen Frage hätte unsere Bewegung zerstört, wie sie alle anderen Bewegungen zerstört.

Vor zwei Jahren führten wir wieder einmal eine ausgiebige Diskussion über die russische Frage. Die fast einstimmige Schlußfolgerung der Partei wurde in das Programm

Fortgesetzt auf Seite 8



Yevgeni Khaldei

April 1945: Siegreiche Rote Armee befreit Österreich von den Nazis

Kapitalismus stürzen, den Sozialismus errichten. Die Sowjetunion ist eine wichtige und entscheidende Frage auf diesem Weg.

Unser Standpunkt in der russischen Frage ist in unserem Programm festgeschrieben. Sie ist für uns keine neue Frage. Sie ist 22 Jahre alt. Wir haben ihre Evolution, die fortschrittliche wie auch die rückschrittliche, in jeder Etappe verfolgt. Wir haben sie diskutiert und in jeder Etappe ihrer fortschrittlichen Entwicklung und ihrer Degeneration aufs neue unsere Position eingenommen. Und, was am wichtigsten ist, wir haben immer aufgrund unserer Schlußfolgerungen gehandelt.

Das entscheidende Kriterium

Die Sowjetunion ging aus der Oktoberrevolution als ein Arbeiterstaat hervor. Als ein Ergebnis der Rückständigkeit und Armut des

Kansas teil, der sich gegen die Durchsetzung eines reaktionären Arbeitsgesetzes richtete, bekannt als Kansas Industrial Court Law, ein Gesetz, das Streiks verbot. Dies war eine durch und durch fortschrittliche Aktion von seiten der Bergarbeiter von Kansas und ihres Präsidenten Alex Howat. Howat und die anderen örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre wurden eingesperrt. Während sie im Knast saßen, schickte John L. Lewis, als Präsident der nationalen Organisation, seine Agenten in die Bergwerksgebiete von Kansas, um über die Köpfe der Bezirksfunktionäre von Kansas hinweg ein Abkommen mit den Bossen zu unterzeichnen. Er lieferte Streikbrecher und Schläger und Geld, um den Streik zu brechen, während die rechtmäßigen Gewerkschaftsfunktionäre für eine gute Sache in der Zelle saßen. Jeder militante Arbeiter im Land verurteilte diese verräterische Streikbrecheraktion von Lewis. Aber haben

Russische Revolution...

Fortsetzung von Seite 7

unseres ersten Parteitag aufgenommen:

1. Die Sowjetunion, auf der Basis ihres nationalisierten Eigentums und der Planwirtschaft, die Frucht der Revolution, bleibt ein Arbeiterstaat, obwohl in einer degenerierten Form.

2. Deshalb stehen wir wie zuvor für die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion gegen imperialistischen Angriff.

3. Die beste Verteidigung – das einzige, was die Sowjetunion letztendlich retten kann, indem es ihre Widersprüche löst – ist die internationale Revolution des Proletariats.

4. Um den Arbeiterstaat zu regenerieren, stehen wir für den Sturz der Bürokratie durch eine politische Revolution.

Aber, so könnte man sagen: „Verteidigung der Sowjetunion; Rußland ist ein Arbeiterstaat – diese beiden Phrasen beantworten nicht alles.“ Es sind nicht einfache Phrasen. Der eine Satz ist eine theoretische Analyse; der andere ist eine politische Schlußfolgerung zum Handeln.

Die Bedeutung der bedingungslosen Verteidigung

Unser Antrag ruft zur bedingungslosen Verteidigung der Sowjetunion gegen imperialistischen Angriff auf. Was bedeutet das? Es bedeutet einfach, daß wir die Sowjetunion und ihr nationalisiertes Eigentum verteidigen gegen Angriffe imperialistischer Armeen von außen oder gegen Versuche von innen, den Kapitalismus zu restaurieren, ohne daß wir den Sturz der stalinistischen Bürokratie als eine Vorbedingung aufstellen. Jede andere Art der Verteidigung verneint unter den gegenwärtigen Umständen die ganze Position. Einige Leute sprechen heutzutage davon, der Sowjetunion „bedingte“ Verteidigung zu geben. Wenn man nur einen Augenblick darüber nachdenkt, dann sind wir für die bedingte Verteidigung der Vereinigten Staaten. Es steht so im Programm der Vierten Internationale. Im Falle eines Krieges werden wir das Land uneingeschränkt verteidigen, unter nur einer einzigen kleinen „Bedingung“: daß wir zuerst die Regierung der Kapitalisten stürzen und sie durch eine Arbeiterregierung ersetzen.

Heißt bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion, jede Aktion der Roten Armee zu unterstützen? Nein, das ist absurd. Haben wir die Moskauer Prozesse und die Taten von Stalins GPU bei diesen Prozessen unterstützt? Haben wir die Säuberungen, die massenhafte Ermordung der Kräfte in Spanien unterstützt, Akte, die gegen die Arbeiter gerichtet waren? Wenn ich mich richtig erinnere, haben wir bedingungslos die Arbeiter verteidigt, die in Barcelona auf der anderen Seite der Barrikade kämpften. Das hat uns nicht daran gehindert, den militärischen Kampf gegen Franco zu unterstützen und unsere Position zur Verteidigung der Sowjetunion gegen imperialistischen Angriff aufrechtzuerhalten.

Jetzt wird verlangt, daß wir einen großen Schritt vorwärts machen und für die Idee eines bewaffneten Kampfes gegen Stalin in den frisch besetzten Gebieten des alten Polens eintreten. Ist das wirklich etwas Neues? Seit drei Jahren ist die Vierte Internationale in ihrem Programm eingetreten für den bewaff-

neten Sturz Stalins in der Sowjetunion selbst. Die Vierte Internationale hat im allgemeinen die Notwendigkeit für einen bewaffneten Kampf zur Bildung einer unabhängigen Sowjetukraine anerkannt. Wie kann überhaupt die Rede davon sein, daß wir in den frisch besetzten Gebieten eine andere Politik hätten? Wenn die Revolution gegen Stalin dort wirklich so weit ist, wird die Vierte Internationale sie sicherlich unterstützen, und sie wird sich bemühen, sie zu führen. Zu dieser Frage sind in unseren Reihen keine zwei verschiedenen Auffassungen möglich. Aber was sollen wir tun, wenn Hitler (oder Chamberlain) die sowjetisierte Ukraine angreift, bevor Stalin gestürzt worden ist? Das ist die Frage, die eine unzweideutige Antwort verlangt. Sollen wir die Sowjetunion verteidigen und damit jetzt und aus den gleichen Gründen das nationalisierte Eigentum der frisch annektierten Gebiete? Wir sagen: ja!

Diese Position wurde in das Programm des Gründungskongresses der Vierten Internationale aufgenommen, der im Sommer 1938 abgehalten wurde. Erinnert euch, das war nach den Moskauer Prozessen und nach der

widerlegt werden. Aber eine Epidemie von „Defätismus“ im demokratischen Lager wäre einfach eine Schande. Es gibt in Amerika keinen Druck auf uns, die Sowjetunion zu verteidigen. Der ganze Druck ist für einen demokratischen heiligen Krieg gegen die Sowjetunion. Laßt uns dies nicht aus den Augen verlieren. Der Hauptfeind steht immer noch in unserem eigenen Land.

Was ist seit unserer letzten Diskussion geschehen? Hat es irgendeine grundlegende Veränderung in der sowjetischen Wirtschaft gegeben? Nein, nichts dergleichen wird behauptet. Nichts passierte, außer daß Stalin den Pakt mit Hitler unterzeichnete! Für uns gab das überhaupt keinen Anlaß, unsere Analyse von der sowjetischen Wirtschaft sowie unsere Haltung ihr gegenüber zu ändern. Das Ziel all unserer früheren theoretischen Arbeit, konzentriert in unserem Programm, bestand genau darin, uns auf Krieg und Revolution vorzubereiten. Jetzt haben wir den Krieg; und die Revolution ist als nächstes an der Reihe. Wenn wir jetzt haltmachen müssen, um ein neues Programm zu finden, ist das ein sehr schlechtes Zeichen.



Leningrader Fraueneinheit des Bezirks Dzierzhinski bei militärischer Ausbildung während der 900 Tage langen Belagerung durch die Nazis. „Dritte Lager“-Anhänger – von Shachtman bis Tony Cliff – sehen nichts an der Sowjetunion zu verteidigen

Zerschlagung der spanischen Revolution. Es war nach der mörderischen Säuberung der ganzen Generation der Bolschewiki, nach der Volksfront, dem Eintritt in den Völkerbund, dem Stalin-Laval-Pakt (und dem Verrat an den französischen Arbeitern). Wir haben unsere Position bezogen auf der Basis der ökonomischen Struktur des Landes, der Frucht der Revolution. Die großen Errungenschaften dürfen nicht aufgegeben werden, bevor sie wirklich verloren sind. Das ist das Kampfprogramm der Vierten Internationale.

Der Stalin-Hitler-Pakt

Der Stalin-Hitler-Pakt ändert nichts grundsätzlich. Wenn Stalin mit den Vereinigten Staaten verbündet wäre und Genossen die Verteidigung der Sowjetunion ablehnen sollten aus Angst, in die Verteidigung von Stalins amerikanischem Verbündeten hineingezogen zu werden, hätten diese Genossen zwar unrecht, aber ihre Position wäre verständlich als eine subjektive Reaktion, hervorgerufen durch revolutionäre Impulse. Der „Defätismus“, der in der Folge des Stalin-Laval-Paktes in unserer französischen Sektion ausbrach, war zweifellos so motiviert und mußte folglich mit äußerster Toleranz und Geduld

Überlegt mal: da gibt es Leute, die alle Verbrechen und jeden Verrat Stalins mit ansehen konnten, die wir besser verstanden als jeder andere und die wir eher als jeder andere und effektiver verurteilten – sie konnten all das mit ansehen und immer noch zur Verteidigung der Sowjetunion stehen. Aber das Bündnis mit dem faschistischen Deutschland anstelle des imperialistischen England und Frankreich konnten sie nicht hinnehmen!

Die Invasion Polens

Natürlich hat es über den sowjetischen Einmarsch in die polnische Ukraine ein großes Spektakel gegeben. Aber das ist einfach eine der Konsequenzen des Krieges und der Allianz mit Hitlerdeutschland. Das Argument, daß wir unsere Analyse vom Klassencharakter des Sowjetstaates und unsere Haltung zu seiner Verteidigung ändern sollten, weil die Rote Armee die polnische Grenze verletzt hat, ist sogar noch absurder als solche Änderungen mit dem Hitler-Pakt zu begründen. Die Invasion Polens ist bloß eine Episode im Krieg, und in Kriegen werden immer Grenzen verletzt. (Wenn alle Armeen zuhause blieben, könnte es keinen Krieg geben.) Die Unverletzlichkeit der Grenzen – die alle durch Krieg festgelegt wurden – ist für demokratische Pazifisten interessant und für sonst niemanden.

Als wir all das demokratische Geschrei hörten, mußten wir uns oft fragen: Wissen die nicht, daß die westliche Ukraine und Weißrußland niemals rechtmäßig zu Polen gehörten? Wissen die nicht, daß Pilsudski dieses Gebiet 1920 mit französischer Hilfe gewaltsam der Sowjetunion weggenommen hat?

Sicher, dies rechtfertigte nicht Stalins Einmarsch in das Gebiet in Zusammenarbeit mit Hitler. Wir haben das nie unterstützt und wir haben nie den betrügerischen Anspruch unterstützt, daß Stalin den Völkern der polnischen Ukraine die „Befreiung“ brächte. Zur gleichen Zeit hatten wir nicht die Absicht, vor der „demokratischen“ Hetze gegen die Sowjetunion aufgrund der polnischen Ereignisse auch nur einen Millimeter zurückzuwei-

chen. Überall überschlugen sich geradezu die Stimmen der demokratischen Kriegstreiber. Wir dürfen uns von diesem demokratischen Geschrei nicht weiter beeindrucken lassen. Euer Nationalkomitee war nicht im mindesten beeindruckt.

Um ein wenig tiefer in diese Frage einzudringen und sie bis zu ihren Wurzeln zu verfolgen, will ich ein anderes hypothetisches Beispiel nehmen. Kein phantastisches, sondern ein sehr logisches. Nehmt an, Stalin hätte einen Pakt mit den imperialistischen Demokratien gegen Hitler gemacht, während Rumänien sich mit Hitler verbündet hätte. Nehmt an, was in diesem Fall höchstwahrscheinlich passiert wäre, die Rote Armee hätte Rumänien, Hitlers Verbündeten, angegriffen, anstelle von Polen, dem Verbündeten der Demokratien, und hätte Bessarabien eingenommen, das auch früher einmal zu Rußland gehörte. Hätten die demokratischen Kriegstreiber in diesem Fall über den „roten Imperialismus“ aufgeheult? Nie im Leben!

Ich bin sehr froh darüber, daß unser Nationalkomitee seine Unabhängigkeit bewahrt hat gegenüber dem bürgerlich-demokratischen Druck anläßlich des Einmarsches in Polen. Die Frage wurde uns sehr aufgeregt und direkt gestellt, wie eine Pistole an die Schläfe: „Seid ihr für oder gegen den Einmarsch in Polen?“ Aber revolutionäre Marxisten antworten nicht mit „Ja“ oder „Nein“ auf eine Weise, die sie in einen Topf werfen kann mit Leuten, die entgegengesetzte Ziele verfolgen. Für oder gegen etwas zu sein genügt nicht im Klassenkampf. Es ist notwendig zu erklären, von welchem Standpunkt aus man dafür oder dagegen ist. Seid ihr für oder gegen organisiertes Gangstertum in den Gewerkschaften? – so fragen die Philister manchmal. Darauf schlugen wir nicht die Hacken zusammen wie ein Gefreiter, der einen Offizier auf der Straße getroffen hat, und antwortete: „Dagegen!“ Wir fragen zuerst nach: Wer stellt diese Frage und von welchem Standpunkt aus? Und welche Bedeutung hat diese Frage in bezug auf andere Fragen? Wir haben unseren eigenen Standpunkt und wir passen auf, daß unsere Antworten nicht mit denen von Klassenfeinden und pazifistischen Wirrköpfen vermischt werden.

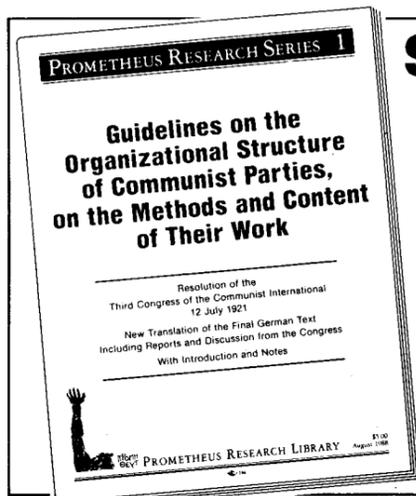
Manche Leute – besonders betroffene Bosse – sind gegen organisiertes Gangstertum in den Gewerkschaften, weil die Schmiere von den Kapitalisten erpressen. Diese Seite der Frage interessiert uns nicht sehr viel. Manche Leute – besonders pazifistische Prediger – sind gegen die Gangster, weil sie Gewalttaten begehen. Aber wir sind nicht zu jeder Zeit und unter allen Umständen gegen Gewalt. Wir für unseren Teil nehmen uns Zeit, formulieren unseren Standpunkt genau und sagen: Wir sind gegen Gangstertum in den Gewerkschaften, weil es den Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen die Bosse schadet. Das ist unser Grund. Er geht aus unserem besonderen Klassenstandpunkt zur Gewerkschaftsfrage hervor.

So ist es mit Polen: Wir unterstützen den Kurs Stalins generell nicht. Sein Verbrechen ist nicht ein Vorfall hier oder da, sondern seine ganze Politik. Er demoralisiert die Arbeiterbewegung und diskreditiert die Sowjetunion. Das ist es, wogegen wir sind. Er verrät die Revolution mit seinem ganzen Kurs. Jeder Vorfall paßt für uns in diesen Rahmen; er wird unter diesem Gesichtspunkt betrachtet und in seinen wirklichen Proportionen gesehen.

Die Invasion Finnlands

Diejenigen, die die Invasion Polens – ein Vorfall in einer langen Kette von Ereignissen – als Basis für eine grundsätzliche Änderung in unserem Programm nehmen, zeigen einen mangelhaften Sinn für Proportionen. Das ist das Nettteste, was man über sie sagen kann. Ihr Schicksal ist es, den Krieg hindurch in permanenter Aufregung zu sein. Sie sind schon vier Etappen im Fahrplan hinterher: Es gibt auch Lettland und Estland und Litauen und jetzt Finnland.

Wir können damit rechnen, daß es weitere lautstarke Forderungen geben wird, wir sollen geradeheraus und in einem Wort sagen, ob wir „für“ oder „gegen“ den Druck auf das arme kleine bürgerlich-demokratische Finnland sind. Unsere Antwort – Moment mal. Regt euch nicht so auf. Es gibt keinen Mangel an Protesten zugunsten der Bourgeoischweine, die Finnland regieren. Der *New Leader* hat protestiert. Charles Yale Harrison



Soeben erschienen!

„Leitsätze über den organisatorischen Aufbau der Kommunistischen Parteien, über die Methoden und den Inhalt ihrer Arbeit“, angenommen auf dem Dritten Weltkongreß der Komintern 1921 – vollständige und genaue Übersetzung der Resolution und der Diskussion aus dem Deutschen ins Englische. Mit einer ausführlichen Einleitung der Prometheus Research Library über den Hintergrund und die internationale Diskussion besonders zur deutschen Revolution

DM 10,-

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonto Frankfurt 1 19 88-601

Pamjat...

Fortsetzung von Seite 1

Hunderte von Arbeitern, Studenten, Veteranen und Jugendlichen im Militärdienst, die die Faschisten hassen und die nur zu gern an einem Donnerstag in den Rumjanzew-Park kommen würden, um den russischen Nazis eine Lektion zu erteilen. Wer kann daran zweifeln, daß eine einzige kämpferische Demonstration von 50 000 wütenden Leningrädern, die angemessen darauf vorbereitet sind, sich zu verteidigen, die hinkommen, um vor den Augen von Pamjat *Nazi-Hakenkreuzfahnen zu verbrennen*, die bereit sind, diese Nazis in die nahe gelegene Nawa zu jagen oder in die Kanäle zu treiben, daß eine solche Demonstration Pamjat den Garaus machen würde? Die Pamjat-Nazis müssen zerschlagen werden, bevor diese Eiterbeule zu einer Krebsfäulnis wird, die den sowjetischen Staat und seine multinationale Bevölkerung bedroht.

Warum wird Pamjat toleriert?

Der Schriftsteller Woskoboinikow erzählt erbittert, wie auf einer der wöchentlichen Pamjat-Kundgebungen

„eine Szene besonders empörend war, nämlich einer der Leningrader ein Plakat hochhob mit den Worten: ‚Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!‘ Vor den Augen sowohl der Miliz als auch der ‚Kommissare‘ wurde ihm dieses Plakat aus den Händen gerissen und zerfetzt, und er selbst wurde von Pamjat-Militanten zurückgestoßen. Warum ‚sicherten‘ die Miliz-Beamten so sorgfältig die Interessen der Organisatoren dieser Kundgebung?“

Es ist ein offenes Geheimnis, daß Pamjat ihre Beschützer innerhalb der Bürokratie hat. Einer ihrer Moskauer Führer ist Waleri Jemeljanow, Antisemit von Beruf, der in den 50er Jahren zum diplomatischen Korps gehörte und der 1980 wegen der grauenhaften Ermordung und Zerstückelung seiner Frau verurteilt wurde. Nach einem kurzen Aufenthalt in einem psychiatrischen Krankenhaus wurde er freigelassen, nur um in Moskau wiederaufzutreten, als Pamjat aktiv wurde. Wie wir letztes Jahr schrieben: „Mit dem Anbruch von Gorbatschows Glasnost (Offenheit) kommt alles aus dem Versteck, von linken Strömungen bis zu sinistren Ultranationalisten“ („Pamyat: Russian Fascists Raise Their Heads“, *Workers Vanguard* Nr. 434, 7. August 1987 – Pamjat: Russische Faschisten erheben ihr Haupt). Pamjat ist mit der obszönen Erklärung an die Oberfläche gekrochen, sie sei der Bewahrer des russischen „Gedächtnisses“ (Pamjat auf russisch), und hat so angefangen, sich zu organisieren.

Als Boris Jelzin, der eifrige Verfechter der Perestroika, letztes Jahr noch Parteichef in

Moskau war, gewährte er einer Pamjat-Delegation eine zweistündige Audienz. Sowohl Raissa Gorbatschowa als auch der Anti-Gorbatschow-„Hardliner“ Jegor Ligatschow lobten den russischen Künstler Ilja Glasunow über den grünen Klee. Glasunows letzte Arbeit feiert den 1000. Jahrestag der russisch-orthodoxen Kirche mit einem Bild von *Stalin, Trotzki und Lenin*, wie sie, unter dem Blick von russischen Zaren und Heiligen, einen bolschewistischen Mob über einen schädelgeplasterter Weg führen! (Die offizielle Feier der Regierung zum 1000. Jahrestag im Juni gab dem russisch-nationalistischen Obskurantismus Auftrieb – und scheint Pamjat den Anlaß gegeben zu haben, ihre wöchentlichen Kundgebungen anzufangen.) Gerade vor kurzem wurde der Zarenfreund Alexander Solschenizyn (der die Gulags *Lenin* in die Schuhe schiebt) zur Teilnahme an einem offiziellen Komitee eingeladen, das ein Denkmal für die Opfer von Stalins Verbrechen errichten soll.

Mit ihrem konservativen Programm des „Sozialismus in einem Land“, ihrer Ablehnung des leninistischen Internationalismus und ihren offenen Armen gegenüber den uralten Traditionen des russischen Nationalismus entwapnet die stalinistische Bürokratie bestenfalls die sowjetischen Massen politisch angesichts der heimatbesessenen faschistischen Reaktion, und manchmal überlappt sie in gefährlicher Weise mit den offenen großrussischen Reaktionären. Stalin griff bei seinem mörderischen Feldzug, der die von Leo Trotzki geführte bolschewistisch-leninistische Linke Opposition zerschlagen sollte, auf den scheußlichen Antisemitismus zurück. Die russischen faschistischen Gruppen, die in den 20er und 30er Jahren in den konterrevolutionären Emigrantenmilieus geziehen, begannen schließlich, Stalin zu loben, weil er „mehr Kommunisten umgebracht hatte als Mussolini, Hitler und Tschiang Kai-schek zusammen“, wie ein Historiker des russischen Faschismus bemerkte.

Dahin geht Gorbatschows Rußland? Hin zu Pamjat? Das darf nicht passieren!

Als Trotzki den Doppelcharakter der nationalistischen bürokratischen Kaste beschrieb, die auf den internationalistischen Grundlagen des durch die Oktoberrevolution geschaffenen Arbeiterstaates sitzt, schrieb er:

„Wenn es möglich wäre, den gesamten sowjetischen Apparat politisch zu röntgen, würden wir darin finden: versteckte Bolschewiki, verwirrte, aber ehrliche Revolutionäre, bürgerliche Demokraten und schließlich Kandidaten für den Faschismus.“ („New Defectors“, März 1938 – Neue Überläufer)

Unter Glasnost und Perestroika ist ein ganzes



Mai 1987:
Pamjat-Faschisten
marschieren
in Moskau

Moscow News

politisches Spektrum, das jahrzehntlang unter schwerer Repression geschlummert hatte, in Gorbatschows Rußland an die Oberfläche gekommen. Pamjat ist auf dem einen Extrem angesiedelt – offen faschistische Konterrevolution. Diesen Auswuchs abzuhacken, würde Möglichkeiten für eine revolutionäre Umwandlung eröffnen, die der Sowjetunion wirklichen Sozialismus brächte.

Wo das stalinistische Regime in der Vergangenheit alles unterdrückt hatte, was es als Bedrohung für seine bürokratische Ordnung angesehen hatte, erlaubt es jetzt, wo der Dekkel etwas gelüftet worden ist, daß großrussische Faschisten frei auf den Straßen herumlaufen. Mit Sicherheit rechnen wir nicht darauf, daß das stalinistische Regime, das echte Faschisten nicht einmal direkt vor der eigenen Nase erkennt, jetzt die drohende Gefahr von Pamjat zerschlägt. Viele Sowjetbürger fürchten vielleicht, und das aus gutem Grund, daß jedes harte Durchgreifen ein Signal für eine erneute allseitige Unterdrückung darstellen würde. Die sowjetische Bevölkerung muß sich ihr Recht auf politische Massendemonstrationen zurückholen.

Notwendig ist jetzt eine offensive Mobilisierung in Leningrad auf der breitestmöglichen Basis – von unten, unabhängig vom Staatsapparat –, um sich das größtmögliche Übergewicht gegen die gefährlichen faschistischen Fanatiker von Pamjat zu sichern. Leute aus vielen verschiedenen politischen Richtungen können sich in der *Aktion* vereinigen, Pamjat zu zerschlagen. Sie werden zweifellos viele Leningrader anziehen, die bittere Erinnerungen haben und deren Entschlossenheit ausgleicht, was ihnen an körperlicher Kraft mangelt. Massive und entschlossene Demonstrationen müssen diese heimatbesessene Hitlersche Gefahr beseitigen und den Staatsapparat vor vollendete Tatsachen stellen.

Notwendig ist eine trotzkistische Partei an der Spitze der sowjetischen arbeitenden Be-

völkerung, um wirkliche Sowjetdemokratie wiederherzustellen. Die Zerschlagung von Pamjat als notwendige Selbstverteidigungsmaßnahme der sowjetischen Bevölkerung wird ein Schritt auf diesem Weg sein.

In einem Bericht über eine versuchte Nazi-Demonstration in Moskau 1982 kommentierte die *New York Times* (29. April 1982): „Erinnerungen an den Krieg gegen Nazi-Deutschland und ihre 20 Millionen sowjetischen Opfer sind in der Sowjetunion weiterhin heilig, und Moskauer, die Berichte über diese versuchte Kundgebung hörten, waren praktisch alle darüber bestürzt, daß irgend jemand sich offen zum Faschismus bekennen würde.“

Als die Handvoll russischer Nazis auf dem Moskauer Puschkin-Platz auftauchten, um Hitlers Geburtstag zu „feiern“, stürzten sich Hunderte von Studenten und jugendlichen Sportfans der Spartak-, Dynamo- und Rote-Armee-Klubs auf sie und rechneten kurzerhand mit ihnen ab.

Das politische Klima, das Pamjat darin bestärkt hat, sein Gesicht zu zeigen, ist dadurch begünstigt worden, daß das Gorbatschow-Regime kapitalistische Profitschneiderei ermutigt und selbst dem Lippenbekenntnis zur Sache des internationalen Klassenkampfes abschwört. Aber es gibt viele tausend Veteranen der Roten Armee, die noch stolz sind, ihre „internationalistische Pflicht“ im Kampf gegen CIA-gestützte Reaktionäre in Afghanistan erfüllt zu haben, und die gut trainiert darin sind, sich selbst und den sowjetischen Staat gegen reaktionären Abschaum zu verteidigen. Sie denken nicht daran, zuzulassen, daß ein Haufen Nazi-Gesindel sich seinen Weg in die Stadt der Oktoberrevolution freiboxt. Die Mullah-geführten Kindermörder hätten in Afghanistan ausradiert werden müssen; die Pamjat-Nazis in Leningrad müssen zertreten werden!

Übersetzt aus *Workers Vanguard*
Nr. 461, 23. September 1988

hat eine tränenreiche Kolumne darüber geschrieben. Der Renegat Lore hat in der *New York Post* darüber geweint. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat protestiert. Finnland ist ganz schön eingedeckt mit moralischer Unterstützung. Also kann das bürgerliche Finnland ruhig ein bißchen warten, bis wir unsere Haltung erklären, ohne uns um das „Für“- oder „Gegen“-Ultimatum zu kümmern.

Ich persönlich bin in bezug auf Finnland tief betroffen, und das beschränkt sich keineswegs auf den gegenwärtigen Disput zwischen Stalin und dem finnischen Premierminister. Wenn ich an Finnland denke, dann denke ich an die Tausende toter Märtyrer, an die proletarischen Helden, die unter dem weißen Terror Mannerheims starben. Wenn ich könnte, würde ich sie aus ihren Gräbern zurückrufen. Da das nicht möglich ist, würde ich eine proletarische Armee von finnischen Arbeitern organisieren, um sie zu rächen und um ihre Mörder in die Ostsee zu treiben. Ich würde die Rote Armee der regenerierten Sowjetunion schicken, um ihnen im entscheidenden Moment zu helfen.

Wir unterstützen Stalins Invasion nur deswegen nicht, weil er nicht mit revolutionären Absichten kommt. Er kommt nicht auf den Ruf finnischer Arbeiter, deren Vertrauen er verwirkt hat. Das ist der einzige Grund, warum wir dagegen sind. Die „Grenzen“ haben nichts damit zu tun. „Verteidigung“ im Krieg heißt auch Angriff. Glaubt ihr, wir wer-

den Grenzen respektieren, wenn wir unsere Revolution machen? Wenn eine feindliche Armee in Quebec Truppen landet, glaubt ihr, wir werden an der kanadischen Grenze in aller Ruhe auf ihren Angriff warten? Nein, wenn wir echte Revolutionäre und keine pazifistischen Wirtköpfe sind, werden wir die Grenze überschreiten und ihnen an der Landestelle entgegentreten. Und wenn unsere Verteidigung die Einnahme von Quebec erfordert, dann werden wir es einnehmen, so wie Lenins Rote Armee Georgien einnahm und Warschau einzunehmen versuchte.

Im Programm der Vierten Internationale vorhergesehen

Manche mögen denken, der Krieg und das Bündnis mit Hitler ändern alles, was wir bisher überlegt haben; daß dies zumindest eine Neuuntersuchung der ganzen Frage der Sowjetunion erforderlich macht, wenn nicht sogar eine völlige Änderung in unserem Programm. Darauf können wir antworten:

Ein Krieg ist in unserem Programm bedacht worden. Es heißt in den grundlegenden Thesen über „Krieg und die Vierte Internationale“, angenommen 1934:

„Jeder große Krieg wird, unabhängig von seinen ursprünglichen Motiven, schroff die Frage stellen der Militärintervention in die USSR mit dem Ziel der Übertragung frischen Bluts in die verkalkten Adern des Kapitalismus...“

Die Verteidigung der Sowjetunion gegen die Anschläge seitens der kapitalistischen Feinde ist, unabhängig von den Umständen und unmittelbaren Ursachen des Zusammenstoßes, elementare und gebieterische Pflicht jeder ehrlichen Arbeiterorganisation.“

Bündnisse wurden bedacht. Es heißt in den Thesen:

„Bei der jetzt entstandenen Lage kann man im Kriegsfall ein *Bündnis der USSR mit einem imperialistischen Staat* oder mit der einen imperialistischen Gruppierung gegen die andere ganz und gar nicht für ausgeschlossen halten. Durch den Druck derartiger Umstände kann ein zeitweiliges Bündnis zu einer eisernen Notwendigkeit werden, ohne jedoch deswegen aufzuhören, eine ganz große Gefahr zu sein sowohl für die USSR selbst wie für die Weltrevolution.“

Das internationale Proletariat wird auf die Verteidigung der USSR auch sogar in dem Falle nicht verzichten, wenn diese sich zu einem Militärbündnis mit dem einen Imperialisten gegen die anderen gezwungen sähe. Aber in diesem Fall noch mehr als in jedem anderen wird das internationale Proletariat sich volle politische Unabhängigkeit von der Sowjetdiplomatie und somit von der Bürokratie der Dritten Internationale sichern.“

Eine Position zur Verteidigung wurde im Lichte dieser Perspektive bezogen.

Eine Verteidigungslosung erlangt eine konkrete Bedeutung gerade im Falle eines Krieges. Ein merkwürdiger Zeitpunkt, um sie fallenzulassen! Das hieße eine Zurückweisung unserer ganzen theoretischen Vorbereitung auf den Krieg. Das hieße, wieder ganz von vorn anzufangen. Von welcher grundlegenden Basis aus? Das weiß niemand.

Es hat viel Gerede über „Unabhängigkeit“ in der russischen Frage gegeben. Das ist gut! Ein Revolutionär, der nicht unabhängig ist, taugt nichts. Aber es ist notwendig, genau anzugeben: unabhängig von wem? Was unsere Partei bei jeder Wende braucht, ist Klassenunabhängigkeit, Unabhängigkeit von den Stalinisten, und vor allem Unabhängigkeit von der Bourgeoisie. Unser Programm gewährleistet solche Unabhängigkeit unter allen Umständen. Es wird nicht geändert werden! ■

TLD-Veranstaltung

Wir sind die Partei der Russischen Revolution!

Samstag, 26. November 1988
in Hamburg

16.00 Uhr, Hamburg-Haus Eimsbüttel
Doormannsweg 12, 2000 Hamburg 20
U-Bahn Emilienstraße

Samstag, 3. Dezember 1988
in Westberlin

Nähere Information: (030) 3 93 87 37

Jugoslawien...

Fortsetzung von Seite 1

serbische Monarchie und ihre Armee den Rest des Landes durch eine bedrückende Militärdiktatur beherrschte.

Kapitalistische Bankiers übernehmen „selbstverwaltete“ Wirtschaft

1987 ging Jugoslawien buchstäblich das Geld aus. Die jugoslawische Bürokratie ging mit dem Hut in der Hand betteln beim imperialistischen Kartell der Banken, dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Im Austausch für eine schnelle Finanzspritze verhängte die jugoslawische Regierung ein brutales Austeritätsprogramm über die Arbeiter: Löhne wurden eingefroren oder gekürzt, während Preise um 25 bis 60 Prozent angehoben wurden. Als Antwort traten 150 000 Arbeiter in mehr als 1000 Betrieben in den Streik. Bis zum Jahresende hatten 1500 Streiks stattgefunden, darunter einer von kroatischen Bergleuten, der zwei Monate dauerte – der längste Streik in der Nachkriegsgeschichte des Landes. Und die Streikwelle ist nicht abgeebbt. Dieses Jahr sind Streiks schon in allen Gebieten des Landes ausgebrochen.

Ein wichtiger Anstoß für die letzte Streikwelle war eine weitere Reihe von Austeritätsmaßnahmen, vom IWF diktiert, die Ende des Frühjahrs verhängt wurden. Die Absicht ist, das System der „Arbeiterselbstverwaltung“ zu demontieren. Subventionen für Betriebe, die Verluste machen, würden eingestellt werden. Private Investitionen von Kapital in die Wirtschaft, durch Wertpapiere, Aktien und Kapitalanteile, würden zugelassen, Einschränkungen von ausländischen Investitionen gelockert. Dies führt unmittelbar und unausweichlich zum rapiden Wachstum einer Schicht von Kleinunternehmern, die den imperialistischen Finanzzentralen verbunden sind und letztlich auf die kapitalistische Konterrevolution zielen.

Unheilvoller Wiederaufstieg des serbischen Nationalismus

Zusammen mit der massiven Unruhe in der Arbeiterklasse hat es eine dramatische Eskalation der nationalistischen Agitation gegeben. Die Bürokraten und Intellektuellen Sloweniens – der am weitesten entwickelten, an Österreich grenzenden Region – haben sich schon lange beschwert, daß sie die ärmeren Regionen südlich von ihnen subventionieren. Zunehmend wollen slowenische Nationalisten ihre Zukunft mit einem von Deutschland dominierten Mitteleuropa verbinden. Tatsächlich ist alles, was deutsch ist (einschließlich der Sprache), in Slowenien sehr in Mode gekommen. Auf dem anderen Ende des nationalen Spektrums gibt es die Albaner von Kosovo, die es ärgert, die armen Stiefkinder der jugoslawischen Föderation zu sein und die sich über die serbische Oberherrschaft über ihre „autonome Provinz“ entrüsten. Und jetzt sehen wir den spektakulären Ausbruch des serbischen Nationalismus, also des Nationalismus des dominierenden Volkes. Dies ist zum Teil wirtschaftlich bedingte Verärgerung darüber, den verarmten Regionen Kosovo und Makedonien verschwenderisch Gelder zufließen zu lassen, und zum Teil eine Gegenreaktion auf den lautstarken prowestlichen Nationalismus der Slowenen.

Die jüngste Welle von serbisch-chauvini-



Editions Planeta

stischen Demonstrationen, angeblich zur Verteidigung der in Kosovo lebenden serbischen Minderheit, ist ganz und gar nicht spontan, sondern von Milošević angepeitscht worden. Milošević, früher ein Direktor der Belgrader Bank, säuberte letztes Jahr die serbische Partei von seinen antinationalistischen Gegnern und beabsichtigt nun, seine Macht zu befestigen durch die Beseitigung der Verfassungsbestimmungen von 1974, die die autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina der direkten administrativen Kontrolle durch die serbische Republik entzogen. Milošević ermutigt die nationalistischen Demonstrationen, um sich in die Rolle des Vermittlers zu bringen, des „Ersten unter Gleichen“ jenes äußerst korrupten Flügels der jugoslawischen Bürokratie, der beabsichtigt, das Regime vor dem Bankrott zu retten durch den Verkauf des Landes an die imperialistischen Bankiers zu niedrigsten Sonderangebotspreisen.

Seit Ende der 60er Jahre sind die nationalen Spannungen in Kosovo gefährlich eskaliert. 1981 wurde die Region von einer Welle von wütenden albanischen Protesten überzogen. Viele wurden blutig unterdrückt, und etwa 3500 albanische Nationalisten wurden eingesperrt. Heute leben in Kosovo 200 000 Serben und 1 800 000 Albaner. Es ist die ärmste, am wenigsten entwickelte Region Jugoslawiens mit einer Arbeitslosenquote von mehr als 35 Prozent. Seit 1981 haben etwa 34 000 Serben und Montenegriner die Gegend verlassen, wobei viele behaupten, daß sie durch albanische Terrormethoden vertrieben wurden. Sicherlich hat es Vorfälle gegeben, da die albanischen Nationalisten an der Umkehrung der Unterdrückungsverhältnisse arbeiten.

Die gegenwärtige Welle von Demonstrationen hat jedenfalls die Spannungen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen zum Siedepunkt getrieben. Beide Seiten sind bewaffnet, und die Lage könnte in einem Blutbad unter den Bevölkerungsgruppen explodieren, das libanesische Ausmaße annimmt. Sollte dies passieren, würde es die Einheit der einzigen verbleibenden effektiv landesweiten Institution Jugoslawiens gefährden – der Armee. Von serbischen Offizieren und Unteroffizieren dominiert, ist die Armee an ihrer Basis, bei den Wehrpflichtigen, zu einem Drittel albanisch.

Milošević hat eine starke Gegenreaktion aus den Reihen anderer Elemente der jugoslawischen Bürokratie hervorgerufen. Die Führungen der slowenischen und kroatischen Republiken sind durch den Anstieg des serbischen Nationalismus deutlich beunruhigt. Große Teile der liberal-stalinistischen

Partisanen in Jugoslawien durchbrachen die nationalen Gegensätze durch ihren Kampf gegen die Nazis

jugoslawischen Bürokratie sind aus einem anderen Grunde besorgt über die „außerparlamentarischen“ Mobilisierungen von Milošević. Sie sind auch eine Gelegenheit gewesen für riesige Ausbrüche von proletarischer Empörung über die Korruption der Bürokratie und ihre Mißwirtschaft. So war zum Beispiel eine Demonstration am 22. September in der serbischen Industriestadt Kraljevo gleichermaßen ein Protest gegen den Zustand der Wirtschaft wie auch eine nationalistische Kundgebung. In seiner Rede auf der Versammlung sagte der örtliche Gewerkschaftsvorsitzende der Waggonfabrik, der Hauptindustrie der Stadt:

„Wir wollen keine beeindruckenden Villen, Flugzeuge, Yachten und Privatstrände. Ihr seid nicht unsere Genossen, weil ihr euch nicht im Morgengrauen anstellt, um ‚Volksbrot‘ zu kaufen. Ihr teilt nicht unser Los in der ersten, zweiten oder dritten Schicht. Ihr fahrt nicht ein in die Bergwerksschächte; ihr klettert nicht hoch, um Brücken zu bauen. Ihr seid nicht unsere Genossen.“ (New York Times, 23. September)

Nach dem Bericht der Times antwortete die Menge enthusiastisch und rief „Diebe!“, „Nieder mit denen, die in Lehnstühlen sitzen!“ und „Das Volk soll über sie urteilen!“

Es ist klar, daß Milošević' Demonstrationen in Kosovo für diesen erbärmlichen Demagogen als ein Schuß nach hinten losgehen können, wenn die Massen entdecken, daß sie sich für ihr Katzensgold des serbischen Nationalismus eine IWF-Schockbehandlung einhandeln – vollzogen von einem früheren Bankmanager im Nadelstreifenanzug.

Für eine sozialistische Föderation des Balkans!

Das heutige Jugoslawien zeigt anschaulich die Unfähigkeit des Stalinismus, selbst der „liberalsten“ Variante, eine gerechte Lösung der nationalen Frage zustandezubringen. Mit Sicherheit steht Tito weit über dem finsternen Demagogen Milošević und den ineffektiven Politikern, die jetzt in Belgrad Stühlerücken spielen. Aber die Krise, die Jugoslawien jetzt auseinanderreißt, kann nicht durch eine Rückkehr zum panjugoslawischen Nationalismus Titos gelöst werden.

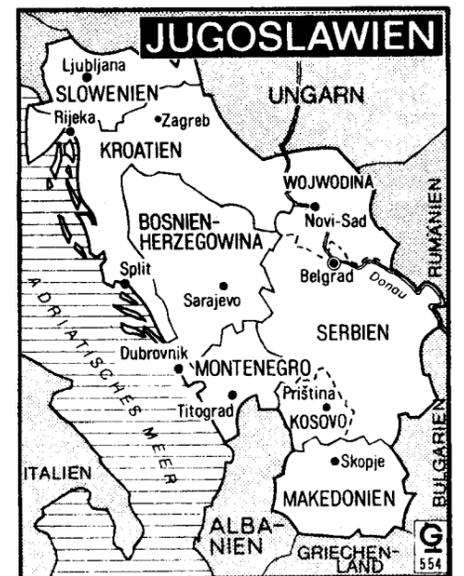
Nehmt zum Beispiel die explosive Kosovo-Frage. Bisher strebt die albanische Bevölkerung lediglich nach dem Status einer siebten Republik innerhalb der jugoslawischen Föderation, ein Maß für ihren Widerwillen gegen den erbärmlichen ultrastalinistischen deformierten Arbeiterstaat Albanien. Aber sollte das albanische Volk von Kosovo und Westmakedonien wünschen, sich unter die Herrschaft von Tirana zu stellen, sollte dieses Verlangen anerkannt werden. Es würde in keiner Weise die geographische oder wirtschaftliche Einheit Jugoslawiens gefährden, und weit davon entfernt, eine „Konterrevolution“ zu sein, wie die gegenwärtigen Belgrader Nationalisten zernern, würde es schnell wichtige Veränderungen in Albanien hervorbringen und den Weg zu einer sozialistischen Föderation des Balkans eröffnen.

Aber Nationalisten in Belgrad, die nostalgischen Volksträumen von verlorenem mittelalterlichem Ruhm nachhängen und jeden Zentimeter Boden verteidigen wollen, der von der serbischen Monarchie in den Balkankriegen eingeheimst wurde, sind unfähig, diese demokratische Aufgabe zu lösen. Sie zeigen, daß sie nicht anders sind als die rumä-

nischen Stalinisten, die Tausende Dörfer der ungarischen Minderheit planieren, oder das bulgarische Regime in Sofia, das bulgarische Bürger türkischer Abstammung zwingt, bulgarische Namen anzunehmen.

Die grundlegende Unfähigkeit jeder stalinistischen Bürokratie, die nationale Frage zu lösen, wird frappierend durch den Ausbruch von Nationalismus und nationalen Konflikten in der Sowjetunion demonstriert, der von Gorbatschows Perestroika angeheizt wird. Jugoslawien kündigt an, was in Rußland passieren könnte. Gegenwärtig gibt es die aggressivsten nationalistischen Bewegungen in den reichsten, fortgeschrittensten Regionen – Estland und Lettland –, analog zu Slowenien in Jugoslawien. Die baltischen Nationalisten wollen noch reicher werden (auf Kosten der anderen sowjetischen Völker). Zur gleichen Zeit gibt es mit Sicherheit ein Potential für Erbitterung unter den ärmeren, kulturell rückständigeren turksprachigen Völkern Sowjetzentralsiens, analog zu den Albanern von Kosovo.

Aber die größte Gefahr liegt im wiederaufsteigenden Nationalismus des dominierenden Volkes – der Russen, wie der Serben in Jugoslawien. Der Kern einer solchen nationalistischen Bewegung existiert bereits in der Form der heimatbesessenen russischen faschistischen Organisation Pamjat (siehe „Russische Nazis erheben ihr Haupt“, in dieser Ausgabe), die von Teilen der Bürokratie geschützt wird. Das Fehlen einer revolutionären Führung in heutigen Jugoslawien erlaubt es der unfähigen, zunehmend korrupten und national zersplitterten jugoslawischen stalinistischen Bürokratie, die natürliche Einheit der jugoslawischen Arbeiter im Kampf in die Sackgasse von blutigen nationalen Konflikten umzulenken. Und es wird eine revolutionäre, internationalistische Führung



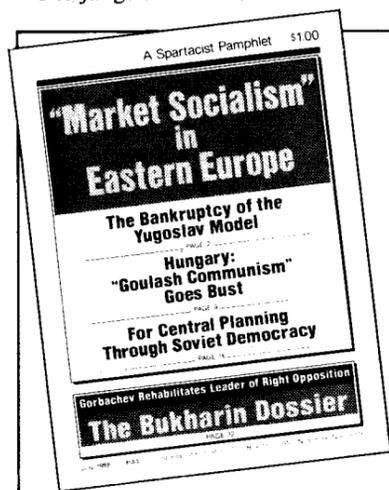
Frankfurter Rundschau

Steigende Flut von Nationalismus droht die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawiens auseinanderzureißen

nötig sein, um die Auslandsschulden des Landes bei den imperialistischen Bankiers für null und nichtig zu erklären.

Es ist klar, daß die massive, das ganze Land überziehende Streikbewegung einer wirklich kommunistischen Avantgarde eine entscheidende Gelegenheit bietet, die brüderlichen Bindungen unter der werktätigen Bevölkerung Jugoslawiens wiederzuschmieden, die durch Jahrzehnte des „Marktsozialismus“ arg untergraben worden sind. Als Trotzisten treten wir ein für die Gleichheit der Völker auf der Basis gesteigerten materiellen Wohlstands. Dies kann nur durch eine proletarisch-politische Revolution erreicht werden, die Arbeiterdemokratie, Sowjetmacht, zentrale Planung und eine vernünftige Verteilung der Investitionsmittel errichtet. Dies erfordert vor allem einen entschiedenen Bruch mit dem stalinistischen Dogma des „Sozialismus in einem Land“ und dessen Ersetzung durch das Programm des proletarischen Internationalismus. Wie Trotzki in einer Diskussion mit seinen griechischen Unterstützern in den frühen 30er Jahren feststellte: „Eine revolutionäre Perspektive ist unmöglich ohne eine Föderation der Balkanstaaten, die offensichtlich hier nicht haltmachen wird, sondern in eine Föderation der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa hineinwachsen wird.“

Nach Workers Vanguard Nr. 463, 21. Oktober 1988



„Marktsozialismus“ in Osteuropa

Eine Broschüre in Englisch über die Wirtschaft der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten – eine Analyse von Jugoslawien, Ungarn und Ostdeutschland im Kontext mit Gorbatschows Perestroika. Die Broschüre geht auf frühere Versuche der herrschenden Bürokratien ein, die Stagnation durch Dezentralisierung und „marktorientierte“ Reformen zu bekämpfen, und sie stellt dem das trotzkistische Programm entgegen: für zentralisierte Wirtschaftsplanung auf der Basis von Arbeiterdemokratie.

DM 2,- (32 Seiten)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonto Frankfurt 1 19 88-601

Pogromnacht...

Fortsetzung von Seite 12

sten wird „der Pogrom ... zum Beweis rassistischer Überlegenheit“.

Nach den Olympischen Spielen in Berlin 1936 entwarf Hitler seinen „Vierjahresplan“, um die deutsche Wirtschaft für den Krieg zu mobilisieren und die Wiederbewaffnung durch „Arisierung“ des jüdischen Eigentums zu finanzieren. Göring war dafür verantwortlich, den Plan durchzuführen. Zwei Tage nach der Pogromnacht berief Hitlers Wirtschaftsminister ein Treffen der Nazi-Führung ein, um eine Bilanz zu ziehen. Göring bedauerte den Sachschaden an dem Eigentum, das er ja enteignen wollte, und wetterte, es wäre besser gewesen, 200 Juden zu erschlagen. Tatsächlich reduzierten die Nazis durch die Bezeichnung „Kristallnacht“ den Pogrom auf die Glasscheiben, die ihre Schläger in dieser Nacht eingeschlagen hatten, das Äquivalent der deutschen Glasproduktion eines ganzen Jahres. Als „Entschädigung“ beschloß dieses Treffen, daß der Staat die Versicherungsgelder beschlagnahmt, die den Juden als Schadensersatz für die Zerstörung ihres Eigentums zustanden. Darüber hinaus wurde eine kollektive Strafe von einer Milliarde Reichsmark über die Juden verhängt. Am gleichen Nachmittag erließ Göring die Verordnung über die „Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“.

Aber es war nicht einfach das Nazi-Pack. Die deutsche Bourgeoisie als ganze war sich darüber einig geworden, den Antisemitismus auszunutzen, um Deutschland aus der Niederlage des Ersten Weltkriegs wieder aufzurichten. General-Oberst Werner von Fritsch, ein Reaktionsär der alten Schule, den Hitler 1938 als Oberbefehlshaber des Heeres ablöste, schrieb im Hinblick auf den November-



Pathfinder Press

November 1938 – Trotzlisten in den USA protestieren gegen die Reichspogromnacht und fordern „Unbegrenzte Einreiseerlaubnis für Opfer der Nazis“

pogrom:

„Kurz nach dem Krieg kam ich zum Schluß, daß wir in drei Schlachten siegreich sein müssen, wenn Deutschland wieder mächtig werden soll:

1. Dem Kampf gegen die Arbeiterklasse – den Hitler gewonnen hat.
2. Gegen die katholische Kirche ...
3. Gegen die Juden.“ (zitiert nur in der englischsprachigen Ausgabe von William L. Shirer, *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*)

Nazismus als deutscher Ultrationalismus hat immer Juden, Katholiken und Kommunisten verfolgt, weil sie aufgrund ihrer Geschichte und ihrer Bindungen über nationale Grenzen hinausgehen und weil sie, was die Kommunisten betrifft, wahrhaft internationalistisch sind.

Antisemitismus war keine speziell deutsche Erscheinung. In Frankreich war er viel weiter verbreitet, wie die Dreyfus-Affäre zeigte. In beiden Ländern wurde er benutzt, um kleinbürgerliche wirtschaftliche Unzufriedenheit abzulenken auf besonders profilierte jüdische Kapitalisten wie die Rothschilds oder Walter Rathenau. Aber besonders in Mitteleuropa war er wesentlich für die bürgerliche Reaktion. Dies lag daran, daß Juden bei allem, was fortschrittlich war, besonders in der Arbeiterbewegung, eine führende Rolle spielten. Zwei der drei Begründer der deutschen Arbeiterbewegung waren jüdisch, Marx und Lassalle, wie auch der führende Mitbegründer der österreichischen Arbeiterbewegung, Viktor Adler. Rosa Luxemburg, zusammen mit Karl Liebknecht der größte Führer der deutschen Arbeiterbewegung, war nicht nur jüdisch, sondern auch Frau und Polin. Der politische Antisemitismus wurde von der bürgerlichen Reaktion benutzt, um die kleinbürgerlichen Massen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung zu mobilisieren, zunächst in Bismarcks Reich und, weitaus bösartiger, in Franz Josephs Österreich (wo Hitler politisch in die Schule ging). Schließlich gipfelte der Antisemitismus im Sieg der Nazis 1933.

Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch das totalitäre Nazi-Regime war wiederum die Voraussetzung für den Völkermord an den Juden. Selbst als sie dann atomisiert und terrorisiert waren, leisteten deutsche Arbeiter weiterhin Widerstand gegen die Pogrome und den Völkermord. Im Hamburger Proletariat nach der Pogromnacht:

„Besonders unter den Hafen- und Werftarbeitern waren Verwünschungen und Flüche zu hören. In einigen Firmen wurden Sammlungen zugunsten mittelloser und hart betroffener Juden veranstaltet. In Eimsbüttel jagten die Arbeiter eines Betriebes den nationalsozialistischen Plünderern das gestohlene Gut wieder ab und erstatteten es den Eigentümern zurück.“ (Harald Focke und Uwe Reimer, Hrsg., *Alltag der Entrechteten*)

Das ehemals rote Berlin, Zuhause für die Hälfte der Juden, die nach dem Novemberpogrom im Reich blieben, wurde zum Zentrum für mutigen Widerstand gegen die Jagd der Nazis auf die Juden. Einige tausend gingen in der Hauptstadt in den Untergrund und entgingen während des gesamten Kriegs erfolgreich der Deportation in die Vernichtungslager. Wie Leonard Gross in *Versteckt, Wie Juden in Berlin die Nazi-Zeit überlebten* schreibt, war dies manchmal dank ihrer eigenen Klugheit und Findigkeit möglich. Aber

sie „lebten auf engstem Raum in Wohnungen, Häusern, Schuppen, Büros und Läden – in den meisten Fällen dank der Protektion nichtjüdischer Freunde und selbst fremder Menschen ...“

Der Kampf gegen den Faschismus

Die deutsche Arbeiterklasse war mächtig genug und in der großen Mehrzahl gewillt, Hitler an der Machtergreifung zu hindern – wenn nötig, auch durch Bürgerkrieg. Aber was den Triumph des Nazismus ermöglichte, war die verbrecherische Kapitulation ihrer Führung, der stalinistischen wie der sozialdemokratischen. Wie Trotzki 1938 im *Übergangsprogramm* schrieb: „Das deutsche Proletariat wurde nicht vom Feind in der Schlacht geschlagen. Es wurde durch die Feigheit, Gemeinheit und Perfidie seiner eigenen Parteien zermalmt.“ Am Ende waren es die sowjetischen Arbeiter und die Rote Armee, die trotz Stalin das Nazi-Regime zerschlugen und Europa vom Alptraum des Faschismus befreiten.

Die Blindheit der SPD-Spitzen war nur die Fortsetzung ihrer konterrevolutionären Politik seit 1914. Tatsächlich waren die Nazis die Nachfolger der Freikorps, die Scheidemann und Noske benutzt hatten, um die Deutsche Revolution 1919 in Blut zu ertränken. Aber die Verantwortlichkeit der KPD war insofern größer, als sie die revolutionär gesinnten Arbeiter in die Irre führte. Zum einen wetteiferten sie mit den Nazis um nationalistische Rhetorik, dann beschimpften sie die SPD als „Sozialfaschisten“ und forderten die SPD-Mitgliedschaft auf, in einer „Einheitsfront von unten“ einfach zu den Kommunisten überzulaufen. Ihr Getöse „Nach Hitler wir!“ spiegelte ihren tatsächlichen Defätismus wider – sie hatten es aufgegeben, einer faschistischen Machtergreifung den Weg zu versperren.

Angesichts von Hitlers Sieg schlug der Defätismus in Sozialpatriotismus um. Unter dem Stichwort „Volksfront“ nahm Stalins Dritte Internationale die Politik der Klassenzusammenarbeit der Zweiten Internationale an. Im Spanischen Bürgerkrieg spielte sie eine nicht weniger konterrevolutionäre Rolle als 1919 die Partei von Noske und Scheidemann. Francos Sieg wiederum machte Hitler in seinen Kriegsvorbereitungen noch dreister. Dazu gehörte auch der antisemitische Terror vom 9. November 1938.

Im Gegensatz dazu kämpften die Trotzlisten für ein Programm, die Nazis zu zerschlagen, bevor sie die Macht übernehmen. Trotzki forderte eine „Arbeitereinheitsfront“: „Getrennt marschieren, vereint schlagen“. Dies sollte kein parlamentarischer Block sein, kein politischer Nichtangriffspakt (wie Heinrich Brandlers KPO sowie die zentristische SAP es haben wollten). Es war auch keine „Volksfront“ mit der erdichteten „antifaschistischen“ Bourgeoisie, wie es später die Stalinisten propagierten. Stattdessen bedeutete es, die Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie zu organisieren, eine *Einheit im Kampf* herzustellen zwischen den kommunistischen und den sozialdemokratischen Arbeitern, um die Arbeiterorganisationen gegen die Sturmtruppen zu verteidigen und gleichzeitig in der Aktion das Zögern, das Schwanken und die Abscheu der sozialdemokratischen Führer gegen die soziale Revolution zu enthüllen. Beispiele zeigen, was man hätte erreichen können, hätten die Trotzlisten die Masse der

kommunistischen Arbeiter gewonnen. So eröffnete unter trotzkistischer Führung eine Arbeiterselbstverteidigungsgruppe in Oranienburg das Feuer auf die Braunhemden und schlug sie in die Flucht, als sie am 30. Januar 1933 in ein Arbeiterviertel eindringen.

Heute, wo Bonn zusammen mit seinen NATO-Verbündeten für eine neue, thermonukleare, antisowjetische „Operation Barbarossa“ aufrüstet und übt, wo staatlich geschützter Skinhead-Terror Linke, Immigranten, Juden, Homosexuelle und andere Minderheiten trifft und wo obszönerweise jetzt Skinhead-Banden in der DDR auftauchen, werden die *Lehren der Geschichte im Programm* verkörpert. Nur das Programm des proletarischen Internationalismus kann die Menschheit vor einem neuen Holocaust bewahren.

Der Anti-NPD-Protest in Frankfurt zeigte vor kurzem, daß schon die Andeutung der Macht der organisierten Arbeiterbewegung ausreichte, um dieses Ungeziefer von den Straßen zu treiben (siehe „Proteste verhindern Nazi-Provokation“, Seite 2). Um die enorme soziale Macht der westdeutschen Arbeiterklasse mit ihrem entscheidenden Anteil an eingewanderten Arbeitern zu entfesseln, damit sie für ihre historischen Interessen als Klasse kämpft: der Schlüssel dazu ist der Aufbau einer revolutionären Partei. Unser Modell ist die Partei von Lenin und Trotzki, die als Volkstribun alle Unterdrückten unter dem Banner des Proletariats vereinigte.

Deutschland spielt eine führende Rolle für den Weg Europas – zum Sozialismus oder zur Barbarei. Wie wir in der Erklärung der internationalen Spartacist Tendenz anlässlich von Reagans Besuch in Europa 1982 (*Sparta-*



Spartakist

Plötzensee, 10. September – Bei der Ehrung der Opfer des Faschismus spricht Prof. Dr. Heinrich Scheel, Widerstandskämpfer der „Roten Kapelle“. Hinter ihm der von TLD und internationaler Spartacist Tendenz niedergelegte Kranz

kist Nr. 44, Juni 1982) schrieb:

„Heute wie in den zwanziger Jahren ist Deutschland der Schlüssel für Europa. Die Teilung Deutschlands in zwei Staaten mit entgegengesetztem Klassencharakter symbolisiert die untrennbar miteinander verbundenen Aufgaben, denen das europäische Proletariat gegenübersteht. Jeder Versuch, die Einheit und zentrale Bedeutung des deutschen Proletariats zu leugnen ... stellt einen Angriff auf die sozialistische Zukunft Europas dar. Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch sozialistische Revolution in Westeuropa und politische Revolution in Osteuropa!“ ■

KONTAKTADRESSEN

Hamburg: Spartakist
Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 33 17 94

Westberlin: Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (0 30) 3 93 87 37

Skinheads...

Fortsetzung von Seite 4

die Mobilisierung von 5000 Arbeitern/Schwarzen, die im November 1982 im überwiegend von Schwarzen bewohnten Washington eine Rassenhaß-Provokation stoppten. Eine solche Klassenkampf-Strategie ist in Britannien und in ganz Westeuropa heute dringend nötig. Das erfordert notwendigerweise einen politischen Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung gegen die Fürsprecher jeder Art von Klassenkollaboration, von der Labour Party über die chauvinistische französische Kommunistische Partei bis zu Cliffs SWP (und in Westdeutschland von der SPD über die DKP bis zur SAG). Nach dem Mörder von Brüssel, das direkt auf die Niederlage des erbitterten zwölfmonatigen Bergarbeiterstreiks folgte, bemerkten wir:

„Es waren die heroischen Bergarbeiter, die Thatcher blutig zerschlagen wollte, die den Weg aus der Barbarei zeigten, deren Zeuge wir in Brüssel wurden. Anstelle von rivalisierenden Banden, die miteinander in blutrünstigem Patriotismus konkurrieren und durch Zäune voneinander getrennt werden, sahen wir französische und englische Bergarbeiter Schulter an Schulter die Internationale singen. ...

Hätten die Bergarbeiter Thatcher besiegt und eine verstärkte Offensive der Arbeiterklasse gegen kapitalistische Unterdrückung und Arbeitslosigkeit eröffnet, so hätte das den Massen verzweifelnder und lumpenproletarisierter Jugendlicher eine positive Perspektive gegeben. Aber die Labour-Irreführer, die nach den Ereignissen in Brüssel etwas über Arbeitslosigkeit und grundlegende soziale Ursachen murmelten, waren genau die gleichen Herrschaften, die dem Bergarbeiterstreik das Messer in den Rücken stießen. ...“ (*Workers Hammer* Nr. 70, Juni 1985)

Die Faschisten und ihre abgerichteten Hunde von Skinheads sind eine tödliche Gefahr für Minderheiten, für die Arbeiterbewegung, für alle anständigen Menschen. Dieser menschliche Staub kann und wird hinweggefegt werden durch die Macht des Proletariats, das im scharfen Klassenkampf gegen die rassistischen Terroristen organisiert wird, auf dem Weg zum revolutionären Sturz des verrotteten Systems, das diese rassistische Ausgeburt erzeugt. ■

SPARTAKIST

Arbeiterrevolution wird Opfer des Holocaust rächen!

Der 9. November 1988 ist der 50. Jahrestag der „Reichspogromnacht“, der Nacht, in der die Nazis ihren ersten *staatlichen* Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung entfesselten – in jeder Stadt und jedem Dorf des Deutschen Reichs. Dieser Schandtag bleibt in der Erinnerung lebendig als der entscheidende Wendepunkt, an dem das Dritte Reich den Holocaust einleitete. Dem folgten sechseinhalb Jahre Sadismus und Massenschlächtereien, die in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel sind und in denen 6 Millionen europäische Juden vernichtet wurden; 11 Millionen Angehörige von Minderheiten – Sinti und Roma, Kommunisten, Homosexuelle, geistig und körperlich Behinderte, Alte, Kinder, unzählige andere; und 20 Millionen sowjetische Bürger. 1935 hatten die Nazis die „Nürnberger Rassengesetze“ verabschiedet, die die Juden aller Bürgerrechte beraubten. Der Novemberpogrom war dagegen die offene Erklärung vor der Welt, daß das völkermörderische Programm von Hitlers *Mein Kampf* ausgeführt werden sollte. Es würde nicht nur die Diskriminierung nach den Nürnberger Gesetzen bedeuten, sondern Terror und Massenmord.

Heute organisiert die Kohl-Bande heuchlerische Gedenkfeiern für die Opfer der Reichspogromnacht. Der Staat hat sogar eine Sonderbriefmarke mit der brennenden Synagoge in Baden-Baden herausgegeben, bei deren Anblick einem unheimlich werden kann. Aber der westdeutsche Staat ist, sogar erklärtermaßen, der rechtliche Nachfolgestaat des Dritten Reichs. Dieser Staat ist der „ausführende Ausschuß“ für die Deutsche Bank, für den militärisch-industriellen Komplex von Daimler, für die Bayer-, Hoechst- und BASF-Konzerne. Heute schwimmen sie in Profiten aus der Superausbeutung von türkischen und anderen eingewanderten „Gastarbeitern“. Unter der Führung des abgeurteilten Kriegsverbrechers Abs, der Krupps, Thyssens und ihresgleichen scheffelten die gleichen Banken vor 50 Jahren Millionen von Reichsmark, die sie mit der „Vernichtung durch Arbeit“ aus den Zwangsarbeitern in den Nazi-Konzentrationslagern herauspreßten. Und wie die IG Farben im Dritten Reich Zyklon B herstellte, um Juden zu vergasen, so verkaufen ihre „entflochtenen“ Bestandteile im Vierten Reich das gleiche Zeug an die irakischen Obristen, um Kurden zu vergasen (siehe „Verteidigt das kurdische Volk!“, Seite 5).

Hitler schwor, den „jüdischen Bolschewismus“ auszulöschen, den er mit dem organisierten Proletariat, dem internationalen Kommunismus und dem sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat gleichsetzte. 1948 schufen die imperialistischen Alliierten den westdeutschen Staat als antikommunistisches Bollwerk in Mitteleuropa, im großen und ganzen mit dem gleichen Menschenmaterial, das das Dritte Reich verwaltet hatte. Als Kohl und Reagan am 5. Mai 1985 in Bitburg vor den Gräbern von Hitlers SS-Killereleite strammstanden, bekräftigten sie ihre Entschlossenheit, den Nazi-Feldzug weiterzuführen, um die Arbeiterbewegung und die Sowjetunion zu zerschlagen.

Mitgerissen vom wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus, der von der wachsenden militärischen und wirtschaftlichen Kraft des westdeutschen Imperialismus angetrieben wird, hat die gesamte westdeutsche Linke sich geweigert, gegen Bitburg zu protestieren. Zusammen mit den Grünen entschlossen sie sich, die Aufmerksamkeit auf etwas anderes abzulenken und gegen den

Reichspogrom-Gedenkfeiern im Schatten Bitburgs



Der Spiegel

Hinten: Baden-Baden, 10. November 1938 – in der Terrornacht verwandeln Nazis die Synagoge in ein flammendes Inferno. Vorne: Bitburg, 5. Mai 1985 – Reagan und Kohl gedenken der SS-Völkermörder und bereiten erneuten Holocaust vor

Weltwirtschaftsgipfel in Bonn zu demonstrieren. Die Proteste wurden ein paar älteren Überlebenden des Holocaust, ihren Kindern und Enkelkindern überlassen. Aber die westdeutschen Bullen sorgten dafür, daß Bitburg und Bergen-Belsen für die imperialistischen Kriegstreiber „judenrein“ waren, sie schleiften die jüdischen Demonstranten weg, wie die Juden am 9. November 1938 aus ihren Wohnungen geholt worden waren.

Diese herrschende Klasse hat faschistische Umtriebe im ganzen Land entfacht, von Skinhead-Banden, die in Hannover türkische Jugendliche zusammenschlagen, bis zu Republikaner-Versammlungen in Westberlin und angedrohten NPD-Märschen durch Frankfurt. Wie die antifaschistische Schülerbewegung in Westberlin und anderen Städten und die antifaschistische Konferenz, die in Nürnberg am Wochenende des 5./6. November stattfinden soll, zeigen, schaut eine neue politische Generation nicht nur auf die Vergangenheit, um zu lernen, was passiert ist. Sie will wissen, *warum*, und was getan werden kann, um die Mächtigen-Hitler von heute zu stoppen.

Die VVN, gegründet von Überlebenden der Hitler-KZs, spiegelt dieses Verlangen wider in ihrer „Erklärung zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht“. Aber die „Lehren aus unserer Geschichte ziehen“ bedeutet gerade nicht, den westdeutschen kapitalistischen Staat (der den Mörder von Ernst Thälmann freisprach und den antifaschistischen Demonstranten Günter Sare tötete) dazu aufzurufen, die Faschisten zu verbieten, die er fürsorglich beschützt.

Wie Abraham Leon, der führende belgische Trotzist, der 1942 in Auschwitz ermordet wurde, in seiner scharfsinnigen Analyse *Kapitalismus und Judenfrage* schrieb: „Der Rassismus ist ... die ideologische Verkleidung des modernen Imperialismus. Die für ihren Lebensraum kämpfende Rasse“ spie-



dpa

gelt nichts anderes wider als den ständigen Expansionszwang, der den Finanz- oder den Monopolkapitalismus charakterisiert.“ Nazismus war ein letzter verzweifelter Versuch der deutschen Bourgeoisie, ihre Klassenherrschaft vor dem revolutionären Ansturm des Proletariats zu retten.

Das deutsche Proletariat war der Feind und das erste Opfer des Nazismus. Das Proletariat und nur das Proletariat hätte den Nazi-Terror zerschlagen können. Hitlers Völkermord war der extreme Ausdruck des nationalistischen Chauvinismus, gerichtet gegen alle, die von den Nazis aus der „Volksgemeinschaft“ ausgegrenzt wurden. Bekanntermaßen war die erste Handlung von Hitler nach seiner Machtergreifung im Januar 1933 die Zerschlagung der Gewerkschaften und die Atomisierung der Arbeiterklasse. Aber die „Lehren aus der Geschichte zu ziehen“ bedeutet den Kampf für das Programm, das das Proletariat mit seinem machtvollen Bestandteil an Immigranten mobilisiert gegen den wirtschaftlichen „Drang nach Osten“ des deutschen Kapitals, einen integralen Bestandteil des antisowjetischen NATO-Kriegskurses. Um den Faschismus zu zerschlagen, bevor er die Welt mit Grauen überziehen konnte, war ein Programm des *Internationalismus* nötig, das Programm der sozialistischen Weltrevolution.

Judenpogrom: Hitler macht mobil

Am 28. Oktober begann die Gestapo, die 18 000 polnischen Juden zusammenzutreiben, die im Dritten Reich lebten. Sie wurden ausgewiesen und ohne einen Pfennig bis zur polnischen Grenze transportiert, wo ihnen die Einreise nach Polen verweigert wurde und wo sie im Niemandsland zwischen den beiden Ländern praktisch eingesperrt waren. Viele gingen elend zugrunde. Herschl Grynszpan, ein in Paris lebender junger Mann,

außer sich über die Deportation seiner seit 1911 in Hannover lebenden Familie, nahm eine Pistole und schoß am 6. November Ernst vom Rath nieder, einen kleinen Nazi-beamten in der deutschen Botschaft. Als vom Rath drei Tage später starb, hatten die Nazis bereits weitreichende Vorbereitungen getroffen, um den Vorfall bis zum letzten auszu-schlachten.

Der 9. November war ein günstiges Datum für die Zwecke der Faschisten. Es war der Jahrestag des fehlgeschlagenen Münchner Bürgerbräu-Putsches von 1923. Es war außerdem der Tag, für den die Nazis Rache geschworen hatten, als 1918 aufständische Arbeiter und Soldaten den Kaiser zwangen abzudanken und als die Weimarer Republik ausgerufen wurde. Der Chef der Gestapo, Müller, telegraphierte detaillierte Anweisungen für den Pogrom, der am Abend beginnen sollte, an alle Polizeidienststellen.

24 Stunden lang herrschte der Terror. SA-Schläger schleiften Hunderte auf die Straßen oder erschossen sie kaltblütig in ihren Wohnungen. Sie wurden erschlagen, erstochen, ertränkt. Die Bevölkerung wurde eingeschüchert und von den uniformierten Pogromisten zur Teilnahme aufgehetzt. In manchen Fällen wurden Zuschauer dazu gezwungen, die Opfer zu beschimpfen und zu bespucken. Die Einrichtung von Synagogen und Bibliotheken in ganz Deutschland wurde restlos auf Scheiterhaufen verbrannt. 191 Synagogen wurden in Brand gesteckt, weitere 76, die nicht niedergebrannt werden konnten, ohne „nichtjüdische“ Gebäude zu gefährden, wurden Stein für Stein abgerissen.

Danach bekamen die 30 000 Juden, die verhaftet und nach Sachsenhausen, Dachau und Buchenwald transportiert wurden, einen Vorgeschmack davon, was der Nazi-Holocaust mit seinen Gaskammern und Öfen heißen würde. Der Londoner *News Chronicle* berichtete am 23. November, was in Sachsenhausen passierte:

„Die verhafteten Männer hatten die Lagertore unter Polizeiaufsicht aus Berlin erreicht. Am Tor wurde die Polizei angewiesen, sie einer SS-Einheit zu übergeben. Die zweiundsechzig Juden wurden dann zu einem Spießbraten durch Spaten, Knüppel und Peitschen gezwungen. Nach einem Augenzeugen: Die Polizei konnte ihre Schreie nicht ertragen und drehte sich weg. Als die Juden geschlagen wurden, fielen sie hin. Als sie hinfelen, wurden sie weiter geschlagen. Diese ‚Orgie‘ des Schlagens dauerte eine halbe Stunde. Als es vorbei war, waren zwölf der zweiundsechzig tot, ihre Schädel eingeschlagen. Die anderen waren alle bewußtlos. Manchen von ihnen waren die Augen ausgeschlagen worden, ihre Gesichter waren plattgeschlagen und verunstaltet.“ (zitiert in Martin Gilbert, *The Holocaust*, London 1986)

Hunderte starben, 244 in Buchenwald allein im ersten Monat.

Ziel der Pogromnacht war es, die deutschen Massen für den Krieg aufzupeitschen. Hitler erklärte der Nazi-Presse am 10. November, daß er beabsichtige, „Schritt für Schritt das Selbstbewußtsein des deutschen Volkes zu stärken“. Denn im September 1938 hatte die Bevölkerung offen ihre Abneigung dagegen gezeigt, wegen Sudetenland in den Krieg zu ziehen, wie William Shirer bemerkte, der damals Korrespondent in Berlin war. Wie Trotzki in „Porträt des Nationalsozialismus“ (10. Juni 1933) schrieb: Für die Faschi-

Fortgesetzt auf Seite 11